

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,50 M., im Voraus bezahlt. Postzug 4,37 M., einschließlich 60 Pf. Postgebühren, und 72 Pf. Postbetriebsgebühren. Auslandsendernummer 4.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Welt und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner: „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Schau“, „Bild in die Zukunft“ und „Jugend-Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die alljährliche Konferenz der 40 Völkervereinigungen in Wien, 12. August 1929. Die alljährliche Konferenz der 40 Völkervereinigungen in Wien, 12. August 1929. Die alljährliche Konferenz der 40 Völkervereinigungen in Wien, 12. August 1929.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65. Diskontokonto-Gesellschaft, Postfach 1000 Berlin.

Deutschland will Klarheit.

Haager Besprechung über die Arbeitsweise.

V. Sch. Haag, 20. August. (Eigenbericht.)

Auf ein Schreiben der deutschen Abordnung, das im Hinblick auf den Young-Plan-Termin des 1. September und auf das Stocken der Konferenzarbeit eine Besprechung der sechs einladenden Mächte über die Arbeitsweise der Konferenz verlangt, hat Präsident Jaspar diese Besprechung auf Mittwoch, 17 1/2 Uhr, einberufen.

Ehe die deutsche Delegation diese Note abschickte, informierte sie die Führer der übrigen Abordnungen von ihrer Absicht. Es wurden keinerlei Bedenken dagegen geäußert, zumal man einen solchen Schritt allgemein durchaus begrüßlich findet. In zehn Tagen soll die der Young-Plan in Kraft treten. Es ist aber nicht daran zu denken, daß bis dahin eine definitive Einigung erzielt wird.

Einstweilen ist nicht einmal über die materiellen Forderungen der Engländer ein Ausgleich erreicht

und die Möglichkeit, daß die Konferenz an dieser Vorfrage scheitert, ist keineswegs gebannt. Aber selbst wenn diese große Frage befriedigend gelöst wird, ist mit langwierigen Verhandlungen über die Reparationsbank zu rechnen, wofür Snowden verschiedene Forderungen angemeldet hat. Allein hierbei erwarfen man Verhandlungen von mindestens zwei Wochen, die gar nicht mehr im Haag beendet werden dürften. Alles in allem ist eine

Verabschiedung des Young-Planes vor dem 1. September undenkbar.

Deutschland hat aber alles Interesse an einer Klärung der Sachlage für den Fall des Scheiterns der Konferenz oder sogar nur für den Fall, daß am 1. September eine Einigung noch nicht erzielt ist. Diese Klärung ist schon deshalb notwendig, weil in Frankreich bereits Stimmung dafür gemacht wird, daß dann der Dawes-Plan automatisch weiterlaufe. Andererseits macht man sich in England bisher viel zu wenig Gedanken über die schweren Erschütterungen, denen Deutschlands Wirtschaft allein infolge des Zustandes der Unsicherheit ausgesetzt wäre.

Was die französische Drohung mit der automatischen Fortsetzung des Dawes-Planes betrifft, so mag sie rein formalrechtlich

fundiert sein. Aber es ist kein Zweifel darüber, daß Deutschland sich mit aller Kraft zur Wehr setzen würde, und es stünde dabei keineswegs isoliert. Auch Engländer betonen, daß man von Deutschland unmöglich die Zahlungen des Dawes-Planes über den 1. April 1930 hinaus fordern könnte. Bis dahin gelten auch nach dem Young-Schema noch die Dawes-Leistungen, d. h. 742 800 000 M.

Deutschland war und ist an sich bereit, den Young-Plan anzunehmen. Das hat sogar Briand bereits öffentlich anerkannt. Vier weitere Mächte — Frankreich, Belgien, Italien und Japan — waren und sind ebenfalls bereit, den Young-Plan, so wie er ist, zu akzeptieren. Die sechste Macht — England — nimmt nicht gegen den Young-Plan als solchen Stellung, sondern nur gegen einzelne Bestimmungen. Aber auch England hat durch Snowden mit aller Deutlichkeit erklärt, daß es mit der Höhe der Young-Zahlungen einverstanden ist. Alle Gläubiger sind daher mit den Young-Leistungen einverstanden, keiner verlangt, daß Deutschland mehr zahle. Alle machen sich vielmehr die Behauptung der Pariser Sachverständigen zu eigen, daß die Dawes-Zahlungen die deutsche Leistungsfähigkeit übersteigen und ernährt werden müssen, wie es im Young-Plan geschieht. Mit vollem Recht sagte am Dienstag einer der deutschen Experten: „Unter diesen Umständen kann,

wenn überhaupt noch ein Rest von moralischem Anstand in der internationalen Politik besteht, von einem Wiederintraffieren des Dawes-Planes bei einem Scheitern der Haager Konferenz keine Rede

sein.“ Dennoch ist es notwendig, daß wir die Dinge nicht einfach an uns herantreten lassen. Die deutsche Delegation muß eine Vereinbarung über einen modus vivendi ab 1. September erstreben, etwa so, daß die Young-Zahlungen allseitig als geltende Norm akzeptiert werden und für die erste Schmelzzeit evtl. die Dawes-Maschinerie weiter funktioniert. Die Reichsfinanzien, mit denen die volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Probleme der nächsten Zukunft auf das engste verknüpft sind, erfordern unbedingt eine baldige Einigung. Deshalb ist besonders Dr. Hilferding innerhalb der deutschen Delegation für diesen Schritt (das Schreiben an Jaspar) eingetreten.

Der Besprechung der einladenden Mächte geht morgen um 16 Uhr jene Unterredung der vier Außenminister bei Henderson voraus, in der Briand die französischen Räumungstermine endlich bekannt geben will.

Die Regierungsvorlage.

Der Kampf um die Arbeitslosenversicherung geht weiter.

Endlich ist es nach wochenlangen Verhandlungen gelungen, einen Regierungsentwurf zur Abänderung des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung fertigzustellen. Die Ursache für diese Verzögerung ist in den erheblichen Meinungsverschiedenheiten zu suchen, die auch nach dem Gutachten der Sachverständigenkommission innerhalb der Regierung bestanden. In der Hauptsache wurden diese Meinungsverschiedenheiten zwischen der Sozialdemokratie und der Deutschen Volkspartei ausgetragen. Während sich die Sozialdemokratie gegen jeden Abbau der Leistungen wehrte, wollte die Deutsche Volkspartei keinerlei Erhöhung der Beiträge zugestehen und den gesamten Fehlbeitrag durch den Abbau der Leistungen sparen. Wenn jetzt diese Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Reichskabinetts vorläufig überbrückt worden sind, so konnte das nur geschehen mit Hilfe einer nicht ganz vollständigen Vorlage, durch die die letzte Entscheidung über die Meinungsverschiedenheiten den Parteien im Reichstag überlassen wird. Wir halten diesen Ausweg für richtig, weil durch ihn dasselbe Ergebnis erzielt werden kann wie durch eine vollständige Vorlage der Reichsregierung, wenn auch vielleicht auf anderem Wege.

Der Entwurf der Reichsregierung ist sehr umfangreich. Er enthält 67 Abänderungen des bisher geltenden Gesetzes. Die meisten sind entweder formaler Art oder sollen der Beseitigung nachgewiesener Mißbräuche dienen. Vier Abänderungen haben dagegen größere Bedeutung. Das sind: 1. Die Verlängerung der Wartezeit für alleinstehende Unterstützungsempfänger auf zwei Wochen; 2. Die Anrechnung von Wartezeit, Ruhegehalt und Sozialrenten; 3. Kürzung der Beiträge der Arbeitslosenversicherung an die Krankenversicherung; 4. eine Neuregelung der Unterstützung für die Saisonarbeiter. Außerdem sieht die Vorlage eine bis zum 31. März 1931 befristete Erhöhung der Beiträge um 1/2 Proz. vor.

Von der Beitragserhöhung wird eine Mehreinnahme von 140 Millionen Mark jährlich erwartet, die Verlängerung der Wartezeit soll 25 Millionen Mark ersparen, die Anrechnung der Renten 16 Millionen Mark, die Kürzung der Beiträge an die Krankenversicherung 30 Millionen Mark und die Neuregelung der Unterstützung der Saisonarbeiter 21 Millionen Mark. Insgesamt werden also von dem auf 279 Millionen Mark jährlich errechneten Fehlbeitrag durch diese Maßnahmen 232 Millionen Mark gedeckt, so daß nur noch ein Fehlbeitrag von 47 Millionen Mark verbleibt. Wir wollen uns im Augenblick mit einer Nachprüfung dieser Rechnung nicht aufhalten. Sie enthält unseres Erachtens sowohl auf der Seite der Einnahmen wie auf der Seite der Ausgaben wichtige Fehler. Sie läßt außerdem aber vollkommen außer acht, daß die mit der Vorlage sicherlich erreichte Beseitigung der Mißbräuche ebenfalls eine wesentliche finanzielle Entlastung bringt und auch ein besseres Funktionieren des gesamten Kontrollapparates in der gleichen Richtung wirkt. Alle diese Fragen werden sicherlich im sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags eingehende Diskussionen hervorrufen und zu dem Ergebnis führen, daß ein allgemeiner Abbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung weder politisch erträglich, noch sachlich gerechtfertigt ist.

Ueber das Schicksal der Regierungsvorlage kann überhaupt in diesem Augenblick etwas Bestimmtes nicht gesagt werden. Denn auch innerhalb der Sozialdemokratie und bei den Gewerkschaften aller Richtungen stoßen einige der vorgeschlagenen Maßnahmen auf sehr erheblichen Widerstand. Zwar wird nicht verkannt, daß der jetzige Entwurf es vermeiden, einen allgemeinen Abbau der Versicherungsleistungen vorzuschlagen. Diese Absicht der Unternehmung, die insbesondere durch eine Anpassung der Unterstützungseinnahmen an die Dauer der Anwartschaft für alle Verfallenen erreicht werden sollte, ist infolge der entschiedenen Weigerung des sozialdemokratischen Reichsarbeitsministers Wiskell verhindert worden. Das wird man um so höher einschätzen dürfen, als diese Absicht auch die Zustimmung der Sachverständigen gefunden hatte und selbst im Kreise von Sozialpolitikern des Zentrums ernsthaft und wohlwollend diskutiert wurde. Auch kann man es als einen Fortschritt ansehen, daß der Widerstand gegen jede Beitragserhöhung gebrochen worden ist und wenigstens eine befristete, wenn auch nicht ausreichende Beitragserhöhung die Zustimmung der Reichsregierung gefunden hat.

Allerdings gehen die Vorschläge der Reichsregierung bezüglich der Anrechnung der Sozialrenten und der Ausdehnung der Wartezeit für alleinstehende Unterstützungsempfänger so weit, daß soziale Bedenken eine ernste Nachprüfung dieser Vorschläge verlangen. Das gleiche gilt von den Vorschlägen der Reichsregierung über die Neuregelung der Unterstützung der Saisonarbeiter. Wenn auch die von den Sachverständigen verlangte gleichzeitige Verlängerung der Wartezeit für die Saisonarbeiter von der Regierung nicht vorgeschlagen

Erste Besprechung Briand-Snowden.

Französische Beschuldigung Englands.

V. Sch. Haag, 20. August. (Eigenbericht.)

In der französischen Abordnung, wo man die Engländer als die einzigen Störenfriede hinstellt und ihnen für alles, was geschehen ist und noch geschehen mag, die alleinige Verantwortung zuschiebt, wird neuerdings behauptet, daß Snowden den Young-Plan überhaupt torpedieren wolle; der Kampf um die Quoten sei nur ein Vorgeschicht, der Hauptkampf stehe noch bei der Reparationsbank bevor, und dabei werde sich zeigen, daß England den Young-Plan als Ganzes ablehne, schon deshalb, so wird behauptet, sei es grundsätzlich, wie der „Vorwärts“ und andere deutsche Blätter Snowden gegen Briand unterstützten. Die Engländer erklären demgegenüber, daß diese Behauptung völlig grundlos sei. Snowden habe in seiner Rede mit aller Klarheit betont, daß England lediglich eine Abänderung des Young-Planes erstrebe, die durchaus im Rahmen des Young-Planes durchführbar sei, ohne seine Grundlage zu erschüttern. Das gelte ebenso für die englischen Forderungen hinsichtlich der Reparationsbank. Auch die deutsche Delegation hat weder bei den Reden Snowdens noch bei den privaten Besprechungen mit ihm Anhaltspunkte gewonnen, daß der englische Schatzkanzler die Fortsetzung des ganzen Young-Planes erstrebe.

Bisher sind die Finanzexperten noch immer zu keinem Ergebnis gekommen, und sie müssen am Dienstag eine weitere Nachprüfung abhalten.

Briand und Snowden

troßen sich am Nachmittag bei dem japanischen Delegierten; auch Leithbrusse, Unterstaatssekretär im englischen Schatzamt, war dabei. In einer offiziellen Mitteilung über diese Aussprache heißt es, daß man die jetzige Lage der Konferenz geprüft habe, „soweit sie sich vor dem Blickfeld der Beratungen der Finanzexperten übersehen lasse“, sie hätten ihre beiderseitigen Standpunkte verglichen und geprüft, wie man zu einer Einigung gelangen könne — also bereits das getan, was morgen in der Besprechung der sechs Mächte geschehen soll.

Ueber die Unterredung Briand-Snowden unterrichtet auch folgende Meldung:

London, 20. August. (Eigenbericht.)

Der Haager Sonderberichterstatter des „Daily Herald“ meldet, daß sich die Unterredung Briand-Snowden in herzlicher Form abgepielt habe, wenn sie auch infolge des verschiedenartigen Charakters der beiden Staatsmänner inhaltlich keineswegs homogen gewesen sei. Briand habe sich im wesentlichen auf Allgemeinheiten über die Atmosphäre beschränkt, in der der Young-Plan geschaffen, in der französischen Kammer debattiert und stillschweigend zur Grundlage für die Ratifikation gemacht worden sei. Er habe ferner auf die gefährlichen politischen Folgen hingewiesen, die eine Nichtratifizierung des Planes für Deutschland und Frankreich haben würde. Snowden habe sich nicht auf Poincarés Versprechen gestützt, wonach der Verteilungsschlüssel des Dawes-Planes nicht geändert werden dürfe, jedoch mit großem Nachdruck betont, daß ihn die Regierung und die öffentliche Meinung Großbritanniens zwingen, auf voller Erfüllung der britischen Forderungen zu bestehen.

Pockenepidemie in Holland.

V. Sch. Haag, 20. August. (Eigenbericht.)

Spät abends erfährt man eine Tatsache, die zwar mit der Konferenz nicht direkt zu tun hat, aber für ihr Arbeitstempo doch von Bedeutung werden kann.

In Rotterdam, ungefähr 55 Kilometer vom Haag entfernt, ist eine Pockenepidemie ausgebrochen, die sich mit bedenklicher Schnelligkeit sehr stark ausbreitet hat. Heute sind nun die ersten Pockenfälle auch in Delft festgestellt worden, nur 5 Kilometer vom Haag entfernt. Sollte die Epidemie auf den Haag übergreifen, so könnte das auf die Konferenzteilnehmer für einen schnellen Abschluß wirken.

wird, so stößt doch nach wie vor die vorgezeichnete Ausnahmebehandlung der Saisonarbeiter bei den Unterstufungsfragen ebenfalls auf gewichtige Bedenken. Da gegenwärtig bereits eine Sonderfürsorge für Saisonarbeiter besteht, die mit einer Prüfung der Bedürftigkeit verbunden ist, so ist der neue Vorschlag der Regierung, der diese Sonderfürsorge und die Bedürftigkeitsprüfung aushebt und den Saisonarbeitern einen Rechtsanspruch auf die Unterstützung gibt, in dieser Beziehung zweifellos ein Fortschritt. Auch die vorgezeichnete Mindestunterstützung nach Klasse 6 und 7 ist gegenüber der im Vorjahr geplanten Regelung, bei der nur die Unterstufungsfrage der Klassen 4 und 5 in Aussicht genommen waren, eine Verbesserung.

Die Vorlage der Reichsregierung hat deshalb noch keine endgültigen Tatsachen geschaffen. Ihre Beratung im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags ist vielmehr nur der Weg, auf dem zunächst eine Klärung der Meinungen der Parteien herbeigeführt werden soll.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ begleitet die Regierungsvorlage mit einem Kommentar, aus dem hervorgeht, daß die Volkspartei ihren Widerstand gegen die Beitragserhöhung um 1/2 Proz. nicht aufzugeben gewillt ist. Die Korrespondenz bringt den Antrag der Volkspartei, der die Arbeitslosenversicherung ohne Beitragserhöhung, „reformieren“ will, empfehlend in Erinnerung, denn: „eine Lösung ist erforderlich, und eine Krise können wir unter den gegenwärtigen Verhältnissen am allerwenigsten gebrauchen“.

Dazu ist zu bemerken, daß die „Reform“ der Arbeitslosenversicherung ohne Beitragserhöhung gleichbedeutend ist mit allgemeinem Abbau. Die Zustimmung, einem solchen Abbau zuzustimmen, wird der Sozialdemokratie nur derjenige stellen dürfen, der eine Krise absichtlich herbeiführen will.

Die Steuereinnahmen des Reiches.

3,2 Milliarden vom April bis Juni eingegangen.

Die Einnahmen des Reiches an Steuern, Zöllen und Abgaben betragen im Monat Juli 1,13 Milliarden Mark. Hieron entfallen auf die Besitz- und Verkehrssteuern 804,5 Millionen und auf die Zölle und Verbrauchsabgaben 334,4 Millionen Mark. Da im Berichtsmontat die vierteljährlichen Vorauszahlungen für die Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer fällig und Abschlußzahlungen für das Jahr 1928 zu leisten waren, so läßt sich die Einnahme aus den Besitz- und Verkehrssteuern nicht mit den letzten Vormonaten, sondern nur mit dem Monat April vergleichen, in dem 723,5 Millionen einliefen. Auch die Einnahmen aus den Zöllen und Verbrauchsabgaben sind im Juli regelmäßig höher als in den anderen Monaten, weil in diesem Monat die Abrechnungen für Waren stattfinden, die in den vergangenen sechs Monaten aus den Zollögern in den freien Verkehr übergeführt worden sind.

Im Reichsstatistischem Amt sind für das laufende Rechnungsjahr die Einnahmen auf insgesamt 9,32 Milliarden veranschlagt. In den ersten vier Monaten April bis Juli, also im ersten Drittel des Rechnungsjahres, sind bisher insgesamt 3,27 Milliarden aufgetrieben, also 167,2 Millionen Mark mehr als ein Drittel des Jahresbetrags. Es lassen sich jedoch aus diesen Zahlen keine Schlüsse für etwaige Mehreinnahmen im laufenden Rechnungsjahr ziehen, da in den folgenden acht Monaten nur noch zweimal die Vorauszahlungstermine für die Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer wiederkehren. Auch die halbjährliche Lagerabrechnung bei den Zöllen findet im laufenden Rechnungsjahr nur noch einmal im Januar 1929 statt.

Die Zentrums-AG. in Köln.

Was ist mit der Schwerindustrie?

Köln, 20. August. (Eigenbericht.)

Der Verlag Görreshaus G. m. b. H., der als Herausgeber der „Kölnischen Volkszeitung“ zeichnet, bestreitet am Dienstagabend die Mitteilung der „Frankfurter Zeitung“, daß sich das Unternehmen seit längerer Zeit in finanziellen Schwierigkeiten befinde und einer Sanierung bedürfe. Dagegen wird zugegeben, daß die G. m. b. H. in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wird. Diese Umwandlung erfolge jedoch nur zum Zwecke des Ausbaues des Betriebes, und zwar aus freiem Entschluß der Gesellschafter. Die volksparteiliche „Kölnische Zeitung“ erklärt dagegen, daß die Umwandlung sich nicht ganz aus freiem Entschluß der Gesellschafter vollziehe. Ein im vorigen Jahre aufgenommenen Kredit diene dazu, ältere Kredite abzutragen. Eine Großbank, die neuerdings wiederum Kredite zur Verfügung gestellt haben soll, habe dieses Geld nur unter der Voraussetzung einer Umbildung der G. m. b. H. in eine Aktiengesellschaft in Aussicht gestellt.

Richtig bleibt jedenfalls, daß die Görreshaus G. m. b. H. neuerdings wiederum von Schwerindustrieller Seite und von einer oder mehreren Großbanken Kredite hat aufnehmen müssen. Von anderer Seite wird uns mitgeteilt, daß die Ausgabe der Aktien in einer Form erfolgen solle, die es gerade kleinen Leuten aus dem Zentrum ermögliche, sie zu erwerben.

Bazille — Bolz.

Die Klage vor dem Staatsgerichtshof.

Stuttgart, 20. August. (Eigenbericht.)

Die württembergische Regierung hat dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich eine Erwiderung auf die Klageschrift der sozialdemokratischen Fraktion des württembergischen Landtags zugehen lassen. In der Klageschrift wurde beantragt, den Fortbestand der Regierung als verfassungswidrig zu bezeichnen. Die Regierung erwiderte, daß der württembergische Landtag jetzt eine andere Zusammenfassung aufweise als zur Zeit der Einreichung der Klageschrift. An Stelle eines Bauernbündlers, Zentrumsmannes und Sozialdemokraten seien zwei Volksrechtsparteiler und ein Nationalsozialist getreten. Die Regierung scheint also behaupten zu wollen, daß hierdurch eine Verschiebung zu ihren Gunsten eingetreten sei. Außerdem bestreitet die Regierung die Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich und will die Klage eventuell an den württembergischen Staatsgerichtshof verweisen. Schließlich bestreitet sie, daß die Regierung nach den Bestimmungen der Landesverfassung überhaupt des Vertrauens des Landtages bedürfe.

Die Regierung von Venezuela hat den Dampfer „Folle“ als Piraten Schiff erklärt. Diese Erklärung ist allen befreundeten Staaten mitgeteilt worden. Ein besonderer Schuß ist nur bei England wegen des Eintreffens des Schiffes in Trinidad unternommen worden. Verhandlungen mit der deutschen Regierung sind im Gange.

Statistik von St. Lorenzen.

Die Schuldfrage wird nicht verdunkelt!

Die Stahlhelm- und Landbundpresse nimmt selbstverständlich die Partei der österreichischen Heimwehr. Aus den amtlichen Angaben, daß die Opfer von St. Lorenzen zumeist der Heimwehr angehören, will diese Presse in Uebereinstimmung mit der Heimwehrleitung beweisen, daß die Schuhbündler angegriffen haben. Die Arbeiter hätten geschossen, während die Heimwehr unbewaffnet gewesen sei.

Nun haben vor, seit und nach ihrem terroristischen Vorgehen gegen den Demonstrationsstreik der Eisenbahner nach dem Wiener Blutbad vom 15. Juli 1927 oftmals Heimwehrleute Waffen gegen unbewaffnete Arbeiter gebraucht, so daß es nicht überraschend wäre, wenn die Arbeiter sich schließlich gegen Ueberfälle schützen, zumal die Behörden regelmäßig nach dieser Richtung versagt haben. Die oberösterreichische Heimwehr hatte gedroht, den vorgezeichneten Redner bei dem Arbeiterfest von St. Lorenzen nicht zuzulassen; sie hat dann bei den Verhandlungen mit der Bezirkshauptmannschaft, als die Sozialdemokraten fest blieben, ihre Absicht einer Störung aufzugeben erklärt. Sie hat ihre Gegenübergebung nach einer anderen Ortschaft (Thörs) verlegt — sie hat aber am Versammlungstag, einem Sonntag, in der Stadt Bruck a. d. Mur vorher gedruckt Zettel mit der Parole verbreitet, doch nach St. Lorenzen zu ziehen, und in diesem Dorf haben 1200 Heimwehrleute den Festplatz der Arbeiter, wo man sie als Festgäste begrüßenderweise ablenkte, besetzt. Die Arbeiter zogen auf einen anderen Platz. Die Heimwehr auch. Der Bezirkshauptmann verlangte Auflösung dieser „nicht angemeldeten“ Arbeiterversammlung, Abg. Wallisch verkündete auch die Auflösung; während er aber noch ein paar Worte hinzufügte, fingen die Heimwehrler, die schon vorher gedrängt, gestoßen, gehöhnt und gestört hatten, mit der „Räumung“ des Platzes an.

Dazu hatten die Heimwehrrangschützen, die doch nicht Postzeit sind, und die gekommen waren, um gegen ihr Versprechen die Feier zu stören, gar kein Recht. Ihr Vorgehen war ein Ueberfall, von dem nach allen Erfahrungen und den ständigen Drohungen das Schlimmste zu befürchten stand. Wenn also die Arbeiter — 300 gegen 1200 — wider die einsehende Gewalttätigkeit zur Notwehr griffen und vielleicht gegen schärferen Angriff auch ihre Verteidigung steigerten, nachdem einige von ihnen bereits sterbend oder schwerverwundet daschärferen Angriff auch ihre Verteidigung steigerten, so ist das ein typischer Fall von Notwehr. Und der wachsende Heimwehrterror gerade im Herrschaftsgebiet der seinerzeit sinnestierten Alpen Montangesellschaft, die immer häufigeren Heimwehrraubfälle, wie erst am Sonntag vorher an der Westbahnschleife bei Wien, mußte die Arbeiter zur Notwehr aufrufen. Schließlich

brauchen sich die Arbeiter in der Republik nicht von privaten Gegnern verwehren lassen, was sie in der Monarchie ungestört durften — mit Genehmigung der Staatsbehörde Versammlungen und Feste unter freiem Himmel abzuhalten.

Eine Mordtat bei Wien.

Wien, 20. August. (Eigenbericht.)

In den Orten Erlaa und Hagersdorf hatten infolge der Schlächt von St. Lorenzen der Schuhbund und die Heimwehr die ganze Nacht Bereitschaftsdienst. Am Mitternacht erfuhr der Schuhbund, daß Heimwehrleute im Anmarsch auf Erlaa seien. Zwei Schuhbündler eilten auf die Straße und stießen auf drei Barfsen. Als die Schuhbündler noch einige Schritte von ihnen entfernt waren, schoß plötzlich einer der Heimwehrleute aus einem Revolver. Dann ergriffen die drei die Flucht. Laufenden Schritten gaben sie auf die Schuhbündler noch einen Schuß ab. Glücklicherweise verfehlten beide Schüsse ihr Ziel. Ein Flüchtender konnte von den Schuhbündlern eingeholt werden. Er wurde durch zehn Schuhbündler zur Gendarmerie gebracht, wo ihm ein Revolver abgenommen werden konnte. Der Häftling entpuppte sich als ein junger Barfsche namens Hans Janisch aus Erlaa, der erklärte, daß sein Bruder Franz geschossen habe.

Die Gendarmerie war in Gegenwart der Schuhbündler noch mit der Vernehmung des Häftlings befaßt, als die Meldung kam, daß auf dem Gleis der nach Baden führenden elektrischen Bahn ein Mann schwerverletzt aufgefunden worden sei. Die Beamten begaben sich sofort nach dem Tatort und fanden einen schwerverletzten Menschen, dessen Papiere auf den Namen Franz Janisch lauteten. Auf dem Wege zum Spital ist Janisch gestorben. Er hatte mehrere Messerstücke in das Gesicht erhalten und ist anscheinend verblutet. Wer ihn umgebracht hat, konnte bisher noch nicht geklärt werden. Tatsache ist, daß die ihn verfolgenden Schuhbündler mit ihm in ein Handgemenge gerieten. Die Schuhbündler bestreiten entschieden, Janisch gestochen zu haben.

Hierzu wird uns spät abends aus Wien noch gemeldet: Der Täter ist verhaftet. Er ist kein Sozialdemokrat und kein Schuhbündler, sondern ein berufsloser und arbeitscheuer Mensch namens Oskar Seidel. Er wollte zwar vor einiger Zeit dem republikanischen Schuhbund beitreten, wurde aber abgewiesen, da man ihn kannte. Er hatte sich im Dunkel der Schuhbündler zugefellt und offenbar in dem „Wirbel“ der Mordtat verstrickt. Erst vor einem Jahr hat er bei einem Arbeiterfest auf die Sozialdemokratie geschimpft und mit einem Revolver herumgeschwätzt.

Diese Mordtat ist in Wiener Meldungen der Berliner Heimwehrepresse sofort den Schuhbündlern zur Last gelegt worden, obgleich man den Täter noch nicht kannte.

Gebrochene Zusage.

Strefemanns Zusammenstoß mit Briand.

Paris, 20. August. (Eigenbericht.)

In der am Montag stattgefundenen Sitzung der politischen Kommission soll es nach privaten Informationen des „Echo de Paris“ wieder zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen Strefemann und Briand gekommen sein. Den Anlaß dazu lieferte das neuerliche Verschleppungsmandat Briands, der sein in der vorigen Woche gegebenes Versprechen, er werde bereits am Sonntagabend Beginn und Dauer der Räumungsoperationen definitiv bekannt geben, anscheinend vergesen hatte und sich auf die Feststellung beschränkte, die Räumung der dritten Zone könne erst beginnen, nachdem alle Parlamente den Young-Plan ratifiziert haben und werde zumindest 10 Monate in Anspruch nehmen. Strefemann, der, wie das Blatt bemerkt, Briand von dieser Seite her nicht kannte, habe darauf die stärkste Verstimmung gezeigt. Vor allem sei ihm unverständlich gewesen, warum in der vorigen Woche nach von 6 Monaten als Dauer der Räumung der dritten Zone, jetzt aber plötzlich von 10 Monaten die Rede sei. Auch Henderson sei dem französischen Standpunkt entschieden entgegen getreten, er habe

nochmals erklärt, daß England die zweite und dritte Zone bedingungslos räumen werde.

Belgien dagegen will aus der zweiten Zone in die dritte Zone nur eine kleine Garde für seinen Oberkommissar hineinnehmen und den Rest seiner Truppen nach Hause schicken. Die sozialistische ebenso wie die gemäßigte Linkspreffe kritisiert an diese Vorgänge eine sehr heftige grundsätzliche Kritik der Politik Briands.

Leon Bäum schreibt im „Populaire“, Briand möge doch nicht so erstaunt tun über Hendersons Erklärung, er habe doch schon, ehe er Paris verließ, sehr genau gewußt, daß bis Ende des Jahres kein englischer Soldat am Rhein verbleiben werde. Was immer geschehen möge und wie immer die Verhandlungen um den Young-Plan ausfallen, dadurch, daß Briand die Räumung, die er ohnehin nicht verhindern kann, hinschiebt, läuft er Gefahr, im Falle eines Scheiterns der Konferenz die Verantwortung selbst zu tragen.

Lieber die Haltung Belgiens in der Räumungsfrage erfahre ich von zuverlässiger belgischer Seite, daß Hymans Briand gegenüber sehr deutlich zum Ausdruck gebracht habe, daß

Belgien sich jetzt von Frankreich in diesem Punkte trennen müsse.

Deutschland habe Belgien gegenüber durch den Abschluß des Wortabkommens eine schöne Geste vollbracht und Belgien fühle sich zu einer ähnlichen Geste Deutschland gegenüber moralisch verpflichtet; wenn also die Engländer das Rheinland definitiv verlassen, dann werde Belgien ebenfalls seine Truppen zurückziehen und teinerlei Kontingente auf die dritte Zone verlegen. Alle anderslautenden Behauptungen, einschließlich einer Mitteilung der offiziellen Agentur „Belga“, die von einer Belastung von etwa 70 belgischen Soldaten am künftigen Eise in der Rheinlandkommission der dritten Zone sprechen, sollen unrichtig und auf französische Einflüsterungen zurückzuführen sein.

Ein Gerichtsurteil gegen Frankreich.

Die Freizonen zu Unrecht aufgehoben.

Im Versailler Vertrag war auf Wunsch Frankreichs bestimmt worden, daß die sogenannten Freizonen von Hochsavoyen und Gex aufgehoben werden. Diese beiden Gebiete bilden das Hinterland von Genf. In den Verträgen von 1915 und 1916 hatte Frankreich darauf verzichtet müssen, sie in sein Zollgebiet aufzunehmen. Eine Verpflichtung, der es bis nach dem Weltkrieg nachkam. Die Schweiz hatte sofort dagegen protestiert, daß im Versailler Vertrag einseitig ein Staatsvertrag zwischen ihr und Frankreich aufgehoben wurde. Unter dem Druck der Entente ließ sich der schweizerische Außenminister damals zu einem Kompromiß mit Frankreich bewegen, das jedoch vom Schweizer Volk im Jahre 1924 verworfen wurde. Neuen Vorstellungen der Schweiz in Paris gelang es schließlich, von Frankreich die Einwilligung zu erhalten, daß der internationale Gerichtshof entscheiden solle. Er sollte erstens prinzipiell entscheiden, ob der Versailler Vertrag ohne die Einwilligung der Schweiz die Freizonen aufheben konnte und zweitens eine neue Frist für direkte französisch-schweizerische Verhandlungen setzen. Die jetzt gefällte Entscheidung besagt, daß die Freizonen trotz der Bestimmung des Versailler Vertrages zu Recht bestehen, solange die Schweiz nicht in ihre Aufhebung einwilligt. Bis zum 1. Mai 1930 sollen die beiden Mächte die Angelegenheit auf dieser Rechtsbasis unter sich regeln.

Dieses Urteil erregte in der ganzen Schweiz ungeheures

Genugtuung. Man weist besonders darauf hin, daß der Haag mit ihm zum ersten Male einem kleinen Staat gegen eine Großmacht und gegen den Versailler Vertrag recht gegeben habe.

Wie die Saarregierung untersucht.

Straflose Ausschreitungen von Besatzungssoldaten.

Saarbrücken, 20. August.

Auf einen tödlichen Veranlassungsbeamten wurde von einem französischen Korporal ein scharfer Schuß abgefeuert, der auch in der Nähe befindliche Personen gefährdete. Ein deutscher Landjäger machte einen französischen Offizier, der beim Rauchen im Walde angegriffen wurde, auf das bestehende Verbot aufmerksam. Darauf erging sich der Franzose in groben Beleidigungen. Die Saarregierung gibt nun in einem Bericht bekannt, sie habe diese beiden Fälle untersucht und festgestellt, daß weder ein französischer Korporal auf einen Zivilisten geschossen, noch ein französischer Offizier einen Landjäger beleidigt habe. Diesen Berichten der Saarregierung stellt die hiesige Presse entgegen, daß bei der angelegten Untersuchung der beiden Fälle keiner der Deutschen vernommen worden ist, die ihre Aussagen in vollem Umfang aufrecht erhalten; es seien nur die Franzosen gehört worden, gegen die sich die Vorwürfe richten. Weiter wird Beschwerde geführt, daß neuerdings die Militärposten an den Kasernen der französischen Truppen die vorübergehenden Bürger wieder zwingen, den Bürgersteig zu verlassen!

Geheime Militärverträge.

Prag—Belgrad—Bukarest.

Prag, 20. August. (Eigenbericht.)

Der Ministerrat befaßte sich unter anderem mit der Ratifikation von Militärverträgen zwischen den Staaten der Kleinen Entente. Ihr Inhalt ist geheim. Ihren Zweck schildert das Organ des Außenministers wie folgt:

„Die Militärverträge wurden im Mai d. J. auf der Konferenz der Kleinen Entente in Bukarest abgeschlossen. Durch die Ratifikation erlangen sie volle Gültigkeit. Der Inhalt der Verträge bleibt ein Geheimnis. Aber es ist möglich, schon aus der bloßen Kenntnis des Bestehens solcher Verträge zu erraten, daß die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien durch sie zu einem bestimmten militärischen Ganzen geformt werden. Dieses militärische Ganze, es handelt sich um Staaten mit einer Gesamtbevölkerung von 40 Millionen, hat ein großes Gewicht und bildet sozusagen eine Großmacht.“

Die vertragschließenden Parteien sind sämtlich Mitglieder des Völkerbundes und sind durch diese Mitgliedschaft laut § 18 der Völkerbundsakte verpflichtet, „alle Verträge oder internationalen Vereinbarungen unverzüglich von dem Sekretariat des Völkerbundes eintragen zu lassen und sobald als möglich zu veröffentlichen“. Geheimverträge stehen im strikten Widerspruch zu der Völkerbundsakte, und wenn das auch schon wieder ein Brauch geworden ist, so ehrt von ihm der Bruch mehr als die Befolgung.

Die militärische Zusammenfassung dieser drei Armeen richtet sich gegen die madjarischen Bestrebungen, den Trianon-Frieden zu revidieren.

Die Affäre Horan.

Der Prozeß eingestellt.

Paris, 20. August.

Der Untersuchungsrichter hat das wegen Spionage eingeleitete Verfahren gegen den Journalisten Deleplangie und den Beamten der Presseabteilung des Außenministeriums de Roblet d'Angure, die im vorigen Jahre dem Vertreter der amerikanischen Hearst-Presse, Horan, ein Geheimdokument zum französischen-englischen Flottenkompromiß verschafft haben lassen, eingestellt.

Sozialistische Wahrnehmung.

Kampffondsammlung in den Staaten.

Für die Kongresswahlen im nächsten Jahre hat die Exekutive der sozialistischen Partei von Nordamerika einen Werbefeldzug zur Sammlung von 50 000 Dollar beschlossen. Jedes Parteimitglied wird aufgefordert, einen Tagelohn oder ein Tageseinkommen zu spenden. Man erwartet, daß die Hälfte des angelegten Betrags zusammengebracht wird, der Rest durch andere Beiträge von solchen, die mit den Bestrebungen des Sozialismus sympathisieren oder einzelne Institutionen der Partei unterstützen wollen oder gern eine Opposition im Kongreß tätig sehen würden.

Mit dem Ertrag sollen das sozialistische Radio, die sozialistische Presse, die sozialistische Jugendbewegung und die sozialistischen Organisationen verbessert und ausgebaut werden. Die Kampagne wird vom 1. August bis zum 7. September dauern.

Hinrichtung in Litauen.

Snadengesuch von Smetona verworfen.

Kowno, 28. August.

Das Kriegsgericht hat den litauischen Staatsbürger Skauskas zum Tode verurteilt. Skauskas wurde dem Urteil zufolge auf richtiger Tat ertrappt, als er an der polnischen Grenze von Pleßkalis-Anhängern gestohlene Waffenvorräte, bestehend aus Revolvern, Handgranaten und einer Maschinengewehrmaschine, übernahm hatte. Da der Präsident der Republik das Snadengesuch verworfen hat, ist das Urteil am Montag in aller Frühe vollstreckt worden.

Koifr ont gegen Polizei.

Abermals scharfer Zusammenstoß in Schleswig-Holstein

Hamburg, 20. August. (Eigenbericht.)

In Wöhrden (Schleswig-Holstein) kam es zwischen Kommunisten und Polizei abermals zu einem scharfen Zusammenstoß. Die Kommunisten hatten eine Demonstration vor dem Rathaus einberufen, zu der Koifr ont-Kämpferzüge erschienen. Infolgedessen griff ein Kommando Altonaer Schutzpolizei ein. Die Menge bedrohte die Polizei. Erst als die Offiziere die Karabiner schußfertig machen ließen, zerstreute sich die Menge.

„Aufruhr“ um eine Kirche.

Ein R.F.-Mann verurteilt.

Dresden, 20. August. (Eigenbericht.)

Der 26 Jahre alte Bauarbeiter Glinker wurde vom Dresdener gemeinsamen Schöffengericht wegen Aufruhrs unter Jubilation mißhandelt. Umstände zu der Mißhandlung von sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Glinker gehörte am 10. März zu einem Zuge Roter Frontkämpfer, die sich an einer Friedländer-Demonstration gegen die Einweihung einer in Dresden-Trachau neu errichteten Kirche beteiligten. In dem Demonstrationszug wurden u. a. bildliche Darstellungen von Geistlichen mitgeführt. Als die Polizei die Entfernung der Karikaturen verlangte, kam es zu Gewalttätigkeiten der Demonstranten, in deren Verlauf mehrere Beamte verletzt wurden.

Reichsstädtebund in Kiel.

Sozialdemokratische Gruppenbesprechung.

Die kommunalpolitische Zentralkommission beim Parteivorstand schreibt uns:

Am 21. bis 23. August 1920 tagt in Kiel der Reichsstädtebund. Anlässlich dieser Tagung findet eine Sitzung der sozialdemokratischen Gruppe am 23. August um 9 Uhr im Gewerkschaftshaus, Logienstraße, statt.

Die Vertreter, die bereits am 21. August in Kiel sind, treffen sich an diesem Tage um 18½ Uhr im Gewerkschaftshaus, um bereits zu einigen Fragen Stellung zu nehmen und um vor allen Dingen auch die Möglichkeit persönlicher Frühlingnahme zu haben.

Es ist Pflicht eines jeden sozialdemokratischen Vertreters, diesen Gruppenbesprechungen pünktlich beizumohnen. Ein Vertreter der kommunalpolitischen Zentralkommission wird anwesend sein.

Heimwehputsch.



„Brandstifter!!“

Sowjetleute bei „Imperialisten“.

Moskauer Freundschaftsbefuch in Berlin.

Nach den italienischen Schulschiffen sind zwei Sowjetkreuzer in Kiel eingetroffen. Der Kommandant, Admiral Kall, begleitet von dem Kommissar Wolkoß, dem Kommandanten der geschichts- und filmbekannten „Aurora“, dem russischen Geschäftsträger in Berlin, Botschaftsrat Bratman-Brodowski und dem russischen Militärattache Putna, wurde vom Reichsarbeitsminister Wissell in Vertretung des Reichszaniers empfangen; sie waren auch Gäste der Marineleitung. Vizeadmiral Prengel bewillkommnete die Gäste.

Zum ersten Male seit Bestehen der Sowjetunion sind, so führte der Redner aus, Ihre Schiffe in unseren Häfen zu sehen, und wir begrüßen dieses Ereignis als sichtbaren Ausdruck der zwischen der Sowjetunion und Deutschland bestehenden freundschaftlichen Beziehungen. Es ist der Sowjetunion durch bewundernswerte Aufbauarbeit gelungen, aus eigener Kraft wieder eine achtunggebietende Flotte zu schaffen. Die Reichsregierung hofft, daß sie sich in den deutschen Häfen recht wohl fühlen möchten. Mit Interesse verfolgen wir den großartigen Plan, den die Sowjetunion zum Ausbau ihrer Seeschifffahrt aufgestellt hat und wünschen ihr vollen Erfolg für das Gelingen. Es ist bei uns unvorgehen, welche wertvolle Hilfe der Eisbrecher Krassin dem in Seemat befindlichen deutschen Dampfer Monte Cervantes geleistet hat. Auch bei der Befreiung deutscher Schiffe aus dem Eise haben wiederholt Sowjetseebrecher mitgewirkt. Durch diese Seemannsdaten sind bereits zwischen der Sowjetseeschifffahrt und der deutschen Schifffahrt freundschaftliche Beziehungen hergestellt. Der Vizeadmiral brachte dann ein Hoch auf das Wohl der Sowjetflotte und die Wähler der Sowjetunion aus.

Konteradmiral Kall

dankte für die Gastfreundschaft. Er sprach seine besondere Freude darüber aus, daß ihnen Gelegenheit gegeben wurde, der Hauptstadt der deutschen Republik einen Besuch abzustatten. Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Union der Sowjetrepubliken befänden sich im Zustand dauernder Stärkung, Kräftigung und Entwicklung; sie wirkten sich auf allen Gebieten der gemeinsamen sowjetisch-deutschen Arbeit aus. Ihr werde ein besonderer Stempel aufgedrückt durch die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Flotten. Er sei fest überzeugt, daß der Besuch der Sowjetkriegsschiffe der Sache der beiden Völker und zur Festigung ihrer freundschaftlichen Beziehungen dienen werde. Der Redner erhob sein Glas auf das weitere Gedeihen dieser Beziehungen.

Englische Kommission nach Indien.

Zum Studium der sozialen Verhältnisse.

London, 20. August. (Eigenbericht.)

Amlich verkündet, daß sich Ende August eine Kommission zum Studium der sozialen Verhältnisse nach Indien begeben wird. Sie soll u. a. Untersuchungen über Arbeitszeit, Löhne, Schulbildung, Gesundheits- und Wohnungsverhältnisse der indischen Arbeiter, Frauen- und Kinderarbeit in Indien, Unfallentschädigung und gewerkschaftliche Gesetzgebung anstellen.

In der Arbeiterpartei wird die Entsendung dieser Kommission auf das lebhafteste begrüßt und die Hoffnung ausgesprochen, daß sie dazu verhelfen möge, besonders den barbarischen Methoden der Lohnzahlung in Indien mit 14-tägiger und längerer Verzögerung ein Ende zu machen. Der „Daily Herald“ erwartet, daß schon die Einsetzung der Kommission dazu beitragen werde, viele indische Unternehmer zu einer Abstellung der ärgsten Mißbräuche zu veranlassen.

Auf Deutschlands Kosten.

Wie man sich in Haag einigen möchte.

Haag, 20. August. (Eigenbericht.)

Allem Anschein nach geht die Einigung, die die Sachverständigen der Gläubigerstaaten erstreben, insofern auf Kosten Deutschlands, als die Gläubiger selbständig über eine Summe verfügen wollen, die laut Young-Plan Gegenstand einer Vereinbarung zwischen den Gläubigern und Deutschland sein sollte. Es handelt sich um etwa 300 Millionen Mark aus den Dawes-Zahlungen Deutschlands in den ersten Monaten des Young-Planes. Wieviel da Deutschland verbleiben sollte, ist allerdings streitig.

Weiter sprach der russische Botschaftsrat Bratman-Brodowski im Auftrag des russischen Botschafters seinen Dank für den freundlichen Empfang aus, den die russische Flotte in Deutschland gefunden habe, und drückte den Wunsch aus, daß die Beziehungen der beiden Flotten und ihre Zusammenarbeit immer enger werden mögen.

In Pillau sind die russischen Torpedoboote „Vem“ und „Ryloff“ zu Besuch; auch dort wurden Freundschaftsreden gewechselt. Russische und deutsche Matrosen spielten gegeneinander Fußball.

An den Pionierübungen der deutschen Reichswehr in der Provinz Sachsen nehmen dauernd vier Sowjet-Offiziere als Gäste teil.

Die deutschen Kommunisten behaupten fortwährend, die Reichswehr rüste mit der Sozialdemokratie um die Wette zu dem großen „imperialistischen“ Krieg gegen Sowjet-Rußland, den „einzigen Arbeiterkrieg der Welt“. Während dessen feiern die beamteten Vertreter der Sowjetarmee mit den deutschen „Imperialisten“ Freundschaftsfeste und lassen sich bei der Reichswehr gut munden. Um so ungestörter können die Söldlinge Moskaus dann wieder die sozialdemokratischen Minister beschimpfen, die die russischen Gäste bewirtet haben.

Deutscher Schutz für Russen.

Generalkonsul besucht Gefangene.

Peking, 20. August.

Wie aus Mukden gemeldet wird, besuchte der deutsche Generalkonsul in Charbin das Konzentrationslager, in dem die sowjetrussischen Arbeiter und Beamten gefangen gehalten werden. Sie brachten dem Generalkonsul ihre Beschwerden vor und dankten dem Generalkonsul.

Der chinesische Staatsanwalt besuchte ebenfalls das Konzentrationslager der Russen. Sie protestierten gegen ihre Festhaltung und verlangten sofortigen Abtransport nach der Sowjetunion. 45 der Gefangenen sind in den Hungerstreik getreten.

Opfer der Berge.

In Tirol tödlich abgestürzt.

Innsbruck, 20. August.

In den Alpen ereigneten sich wieder zwei tödliche Abstürze. Der 23 Jahre alte Student Eduard Albrecht aus Bayern ist am Osthang des Seilen Laches abgestürzt und tot aufgefunden worden.

Beim Aufstieg zur Kleinen Zinne in den Seigener Dolomiten verunglückte der 22 Jahre alte Beamte der Wiener Sparkasse Bodner durch Absturz tödlich.

Hochwasser in Bayern.

München, 20. August.

Die andauernden Regengüsse der letzten Tage halten ein starkes Steigen der südbayerischen Flüsse zur Folge. Die Isar hatte Dienstag morgens einen Pegelstand von über 280 Zentimeter erreicht und damit den Höchststand. Sie ist bereits wieder im Fallen begriffen.

Die Flüsse im Allgäu führen Hochwasser. Der Pegel an der Wertachbrücke bei Kaufbeuren zeigt einen Hochwasserstand von 3½ Metern. Das Wasser steigt noch weiter. Die Kirnach hat bei Ebenhausen weite Überschwemmungen überflutet. Auch im Wendelsteingebiet sind Uferabschwemmungen eingetreten. Eine Brücke wurde zum Teil zerstört und viel Bienenland überschwemmt und teilweise verunzert.

Der Femeinordprozess Edermann wird voraussichtlich noch in der zweiten Hälfte des September vor dem Schwurgericht Schwertingen beginnen. Der frühere Oberleutnant Edermann wurde, wie leinerzeit gemeldet, in den ersten Tagen des Juli aus Guatemala nach Deutschland ausgeliefert und ist zurzeit im Schwertinger Untersuchungsgefängnis inhaftiert. Die Voruntersuchung gegen ihn wird voraussichtlich im Anfang September abgeschlossen sein.

Das Falschgeldnest in Weißensee.

Der Fälscher überrascht und verhaftet.

In der Nacht zum Dienstag wurde in der Straßburgstraße im Bezirk Weißensee eine Falschgeldwerkstatt ausgehoben. Es hatte langer Beobachtung bedurft, bis man den Ort ausfindig gemacht hat.

Kriminalbeamte hatten schon tags- und nachtslang vorher mit den Beamten der Reichsbankfalschgeldabteilung das Grundstück beobachtet. Am Montag nachmittag sahen die Beamten eine Frau, die im Hause wohnt, zu einer Beforgung ausgehen und warteten geduldig auf ihre Rückkehr. Als sie gegen Mitternacht erschien, traten die Beamten zusammen mit ihr ins Haus und in ihre Wohnung. Der Schlag gelang so vollkommen, daß der Fälscher mit der Lupe im Auge und dem Gravierstift in der Hand

bei der Arbeit überrascht werden konnte.

Er wurde sofort festgenommen, das Inventar seiner Werkstätte beschlagnahmt und abtransportiert. Der Verhaftete ist ein ehemaliger kaufmännischer Vertreter, ein 37 Jahre alter Richard Hardamel. Auch sein Wirt R. mußte mit seiner Ehefrau den Weg zur Falschgeldabteilung antreten. Die Frau wurde im Laufe des Dienstag vorläufig wieder entlassen. Hardamel ist der Kriminalpolizei nicht mehr unbekannt. Er war im Jahre 1924 schon einmal festgenommen worden, weil er Rentenbanknoten und Schabanweisungen gefälscht hatte. Das Gericht diktierte ihm eine Strafe von 4 1/2 Jahren Zuchthaus zu. Für die letzten sechs Monate erhielt er Bewährungsfrist und kam im Januar dieses Jahres aus Sonnenburg zurück. Während seines Aufenthaltes in der Strafanstalt ließ er sich Bücher schicken, aus denen er graphische Kunst emsig studierte. Die schwere Strafe, die ihm sein erstes Verbrechen eingetragen hatte, hatte ihn nicht abgelenkt. Was ihm an Kenntnissen noch fehlte, eignete er sich durch das Selbststudium in der Zelle an. Sein Plan ging dahin, sich nicht mit Kleinigkeiten abzugeben, sondern Fünzigmarktscheine zu fälschen, was vor ihm noch kein Fälscher versucht hat. Er suchte in Berlin eine Freundin auf, die ihm die Bekanntschaft mit R., der ebenfalls kaufmännischer Vertreter ist, vermittelte. Im April d. J. wurden in der Straßburgstraße eine Reihe von Neubauwohnungen beziehbar, und R. und seine Frau erzielten eine 2 1/2-Zimmer-Wohnung. Zwei Zimmer behielt das Ehepaar für sich, in dem dritten, kleinen Raum quartierte sich Hardamel ein. Auf die Ausstattung des Raumes und seine persönliche Bequemlichkeit legte er nicht den geringsten Wert, ihm genügt ein Bett und ein Tisch. Sein Hauptaugenmerk richtete er auf die Herstellung der Falschnoten. Da er als alter Falschmünzer befürchten mußte, ständig beobachtet zu werden, so sicherte er seine Werkstätte in jeder möglichen Weise. Das zur Straße führende Fenster wurde, wenn Hardamel nachts arbeitend am Tische saß, mit einem dicken schweren Teppich verhängt, damit kein Lichtschein herausdringe, tagsüber schützten dichte Gardinen vor Einblicken von außen. Große Regale an den Wänden, die er selbst zimmerte, dienten zum Unterbringen der Chemikalien. Hardamel hatte seinem Wirt R. ausinadergelegt, daß die komplizierte Herstellung der neuen Banknoten etwa vier Wochen in Anspruch nehmen, daß aber der Erfolg auch der aufgewandten Mühe entsprechen würde. R. und seine Frau besorgten für den Fälscher alles, dessen er bedurfte. Er selbst hat, wie er jetzt erzählte, in den letzten vier Wochen kaum einmal seine Stube verlassen. Nur in den späten Nachmittagen oder in aller Morgenfrühe wagte er sich für kurze Zeit hinaus, immer von der Angst verfolgt, es möchte ihn ein Kriminalbeamter, der ihn früher gekannt hatte, sehen und ansprechen. Seine Berechnung, nach der er in vier Wochen mit allem fertig sein wollte, erwies sich als irrig. Im Gegenteil, die Vorbereitungen beanspruchten sehr viel Zeit. Immer wieder machten sich für die Fälscher neue Schwierigkeiten bemerkbar, der Termin,

wirklich in Aktion treten zu können, mußte immer von neuem herausgeschoben werden.

Die Arbeit nahm volle vier Monate in Anspruch.

Jetzt erst erschien alles so weit zu sein, daß man mit Erfolg rechnen konnte. In Erwartung der Serien, die er herstellen würde, hatte Hardamel sich bereits das Wasserzeichen beschaffen lassen und an der Wand einen großen Trockner aufgebaut, an dem die Banknoten vollendet werden sollten. Die Platte für das Männerkopfbildnis

hatte er schon fertig gestellt. In den nächsten Tagen wollte Hardamel mit dem Reindruck beginnen und wieder einige Tage später hätte die Herausgabe einsetzen können, denn auch die Beschriftung und die Farbenmischungen waren abgeschlossen.

Als die Kriminalbeamten das Zimmer betraten, war es dunkel bis auf eine Lampe, die den Arbeitstisch des Hardamel erhellte. Er saß in Hemdsärmeln bei seinem Werk. Wie vom Donner gerührt, sprang er in die Höhe. Sein Werk, das er der Vollendung nahe glaubte, war vernichtet, seine Pläne waren nutzlos geworden. Von seinem Handwerkszeug konnte er nichts mehr beseitigen, und die Durchsuchung des Zimmers förderte denn auch mehrere Hundert der Falschnoten in den verschiedenen Stadien der Vollendung zutage. Bei seinem Verhör leugnete Hardamel nicht. Wie er sagt, lernte er damals, ehe er seine ersten Fälschungen im Jahre 1924 begann, einen Holländer kennen, der ihm Anweisungen gab, die er später dann auf eigene Faust verwirklichte.

Die faulen Schecks des Bankiers.

Wie Radtke seine Betrügereien durchführte.

Wie wir meldeten, ist der aus mehreren Affären bekannte Berliner Bankier Theodor Radtke auf Veranlassung der Deutschen Bank festgenommen worden, da er seit längerer Zeit Schecks der von ihm geleiteten Berliner Kreditbank AG., die auf die New-Yorker Bankfirma Cadenburg, Thalmann u. Co. lauteten, durch Mittelsleute in Berlin, Breslau und Hamburg ohne Deckung in Verkehr gebracht hat.

Radtke, dessen Bank niemals eine besondere Rolle gespielt hat und der namentlich in letzter Zeit mit übel beleumundeten Vermittlern in Verbindung stand, hatte sich zu der Maßnahme, nämlich mit ungedeckten Schecks zu arbeiten, veranlaßt gesehen, nachdem sein Unternehmen durch die Affäre mit der Stadt Waldenburg keine Umsätze mehr erzielen konnte. Der Bankier war gezwungen, auch sein Personal wesentlich einzuschränken. Im Laufe des gestrigen Nachmittags ist Radtke im Polizeipräsidium eingehend verhört worden, wobei er sich allerdings zu den gegen ihn erhobenen schwereren Vorwürfen nur kurz geäußert hat, da er durch die Verhaftung einen Nervenzusammenbruch erlitten zu haben vorgibt. Seine beiden Agenten, die die amerikanischen Schecks zum Teil mit Erfolg abgeholt hatten, erklärten bei ihrer Vernehmung, daß sie in bestem Glauben gehandelt hätten, da Radtke ihnen Unterlagen gezeigt hätte, aus denen angeßlich hervorging, daß die Berliner Kreditbank AG. mit dem amerikanischen Haus in enger Geschäftsverbindung stehe.

Dabei hat sich noch herausgestellt, daß Radtke nicht nur auf den Namen der obengenannten amerikanischen Firma Schecks ausgestellt hat, sondern auch auf den Garantie-Trust New York.

Einem seiner Untergebenen war es gelungen, einen Scheck in Höhe von 1000 Dollar der Hamburger Filiale der Deutschen Bank zu verkaufen, die um diese Summe geschädigt worden ist. Ein Betrugsversuch an der Steinitzer Filiale der Deutschen Bank, wo zwei Schecks in Höhe von je 2500 Dollar angeboten wurden, scheiterte. Es gelang nicht, den Helfer Radtkes, der dort tätig war, festzunehmen. Die Höhe der Betrugssumme beträgt 30 000 Dollar. Bei seiner sofort vorgenommenen Befragung erkannte Radtke seine Unterschrift auf den Schecks an, erklärte aber, daß er imstande gewesen wäre, Deckung zu beschaffen.

Demgegenüber ist durch Nachfrage bei der New-Yorker Bank festgestellt, daß dort lediglich ein Konto in Höhe von 1 Dollar 3 Cent besteht.

Danach war Radtke natürlich keineswegs in der Lage, die großen Summen seiner Schecks abzudecken. Die beiden Vertreter sind von der Kriminalpolizei vorläufig wieder entlassen worden.

Radtke selbst wird dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Haftbefehl gegen Radtke.

Der Vernehmungsrichter beim Polizeipräsidium hat gegen den Bankier Theodor Radtke gestern Abend Haftbefehl erlassen.

Luftschiffverkehr Berlin-Tokio?

Ein hoher Ankermast in Staaten.

Auf dem Flughafen Staaten, der von der Stadt zwecks Ausbau zum Zentralluftschiffhafen erworben wurde, beschäftigt der Magistrat einen zweckentsprechenden hohen Ankermast zu errichten, der es ermöglichen soll, sowohl die deutschen wie auch die großen, demnächst fertiggestellten englischen Luftschiffe, die den Verkehr zwischen England, Ägypten, Indien und Australien herstellen sollen, in sicherer und geeigneter Weise zu befestigen. Die Finanzierung dieses Ankermastes, der in ähnlicher Ausführung in Somalia (Ägypten), Karatschi (Indien), Montreal (Kanada) und anderen Orten vorhanden ist, soll wie bei den Bauten auf dem Flughafen Lempelshofer Feld gemeinsam von Reich, Staat und Stadtdurchgeführt werden.

Verhandlungen wegen der Führung der englischen Luftschifflinien über Berlin haben vor einiger Zeit in London stattgefunden. Außerdem schweben seit langem gemeinsam mit dem Reichsverband der deutschen Industrie, der deutschen und der russischen Regierung, Verhandlungen wegen eines regelmäßigen, transibirischen Luftschiffverkehrs Berlin-Tokio nach den Vorschlägen und Berechnungen des Hauptmanns Bruns. Für diesen Verkehr sollen deutsche Zeppelin-Luftschiffe verwendet werden.

Der blinde Zeppelinpassagier springt ins Wasser.

Der blinde Passagier des letzten Zeppelin-Fluges Friedrichshafen-New York, der auf dem Japan-Dampfer „Thuringia“ nach Deutschland zurücktransportiert wurde, ist kurz vor Anlauf der „Thuringia“ in Hamburg über Bord gesprungen. Er konnte von einem Baggertender auf-



Copyright 1929 by Gustav Klepenheuer Verlag A.-G., Berlin

Er bleibt stehen am Gitter, er lächelt über Kohlköpfe hinweg Frauentöpfen zu, die mit schnellen dunklen Augen und weißen Zähnen lachen und kleine lustige Schreie einander und ihm zuwerfen. Wieder sind es Wäscherinnen, aus denen der ganze überwältigende Reiz des anderen Geschlechtes aufdunstet. Wissen sie nichts vom Krieg? Ist denn überhaupt noch Krieg, wenn das da — solch ein Mund, solch ein Augensid sich entfalten kann? Wie weit ist man mit einem Schlage fort vom blutig-langweiligen Geschäft des Tötens, des Zerreißens von Leibern, des Zusammenstüßens!

Winken sie ihm? Oder fahren sie mit den nackten Armen nur in die Höhe, um einander zum Scherz ein bißchen hin- und herzustoßen? — Funk zögert sich durch das Vorgärtchen an eins der Fenster heran.

Ob Monsieur gewaschen und gebügelt werden wolle? — Sie plagen hinaus, sie jubeln über ihre Redheit.

Gewiß! Doch das nehme leider wohl zu viel Zeit in Anspruch. Er sei zu sehr zerknittert vom Krieg, als daß er rasch wieder glatt werden könne — (da rührt sich also doch jener Krieg, denkt er angeekelt).

Die Frauen und Mädchen sprühen matter; sie lächeln artig, aber gezwungen. Die Ausdrucksweise des deutschen Soldaten ist ihnen fremd. Sie kehren zurück zu ihren Bügeln.

Funk will schon gehen, eh er sich völlig kaltgestellt sieht, da hält ihn der Anblick der einen noch fest, die als letzte verweilt am Fensterkreuz.

Sie hat ihn wohl überhaupt nicht verstanden, denn sie sagt: „Bringen Sie mir getrost Ihre Wäsche, mein Herr!“

„Sie wollen für mich waschen?“

„Si, monsieur.“

Vor Funk steigt ein Bild auf — eine Möglichkeit, die ihm den Atem einengt. Das Mädchen ist klein und üppig, es hat strahlende, blaue Augen zum pechschwarz glänzenden Haar. So schöne Augen, den Schmuck einer solchen Wange,

solch straffen Haarnoten gleich kunstvoll gedrehtem poliertem Ebenholz glaubt er noch nie erlebt zu haben. Er sagt: „Ich will mich erkundigen, wie lange wir hier bleiben. Je nachdem. Wann könnte ich meine Wäsche wiederbekommen, wenn ich sie heut bringe?“

„Bei diesem warmen Wetter fix und fertig in zwei Tagen.“

Funk weiß, daß er eine Rolle aufspielt — in einem Stück, das eben begonnen haben soll. Er äußert: „Gut. Ich will sehen, ob es sich machen läßt. Um zehn Uhr stehe ich dort an der Gartenmauer, im Schatten der Holunderblätter und geb' Ihnen meine Wäsche.“

Schauspielerst auch sie? „Es wird sich machen lassen,“ geht ihr Bestürzt. Die blauen Augen halten ihn verheißend fest, „obwohl —“ zögert sie, „die Deutschen haben verboten, daß wir die Straße nach acht betreten.“

„Sie betreten die Straße nicht. Sie huschen durch Ihren Vorgarten bis hierher, bis unter die Mauer der Villa. Au Revoir demoiselle.“

„Revoir, monsieur.“

Wie sollst du diese zwei Stunden ausfüllen bis zu der süßen Minute, der unlagbar langentbehrten, in der du dicht neben einem hübschen Mädchen stehen wirst. — Einem hübschen Mädchen? Einem schönen — bildschönen Weib! Dem reizendsten Geschöpf!

Funk packt aus Vangerweise den Tornister zweimal um (für die Sonne). Er will Postkarten an Bekannte, einen Brief an die Mutter schreiben; es ist schon zu dunkel, und Licht zu machen getraut er sich nicht, in Sorge, unerwünschte Aufmerksamkeit zu erregen. Er will für Lipp und jedermann schon schlafen gegangen sein.

Er horcht hinüber zu dem Häuschen. Es ist ganz still. Einmal schleppt und schlurft ein Schritt über Steinfliesen, das kann die Erhoffte nicht sein, es ist der Fuß einer Hundertjährigen. Einmal klappt eine Haustür — so, als sehe sie einen Punkt hinter diesen Tag — als befrage das: niemand mehr wird aus diesem Bau ins Freie treten...

Auch sie nicht?

Er heuchelt Ruhe und legt sich wirklich aufs Bett. Und als es nach den schlagenden Uhren Zeit ist aufzustehen, kann er sich kaum dazu bringen, so wenig glaubt er noch an eine Erfüllung.

Aber wie er aus dem Fenster steigt, sieht er, daß unter dem Baum eine Gestalt sich klein macht. Sie ist da. Sie ist es. „Ihre Wäsche, mein Herr?“ Sie lächelt. Um es zu sehen,

muß er ganz nahe zu ihr heran. Es ist gut. Ihr Lächeln sagt ihm Bescheid.

„Meine Wäsche, ja...“ wisper er sinnlos. Er umfängt sie; und ihre Küsse sind ohne weiteres da.

Ist das möglich — so paradiesisch einfach — ich träume — denkt er.

Er streichelt ihr über den Kopf, er nimmt in die Schale seiner Hand ihren Haarnoten, diese kühle elastische Wölbung, die nach Weiß duftet. — Ein Jahr lang nichts als kurzgeschorene Schädel und stachelige Backen — denkt er. Nie noch hat er so heftig das Gefühl gehabt, sein halbes Leben sei vergeudet in ödem Schmutz und ödem Irrsinn.

Er zieht sie stürmischer an sich, er drängt sie unter das Fenster. Wissen beide nicht, was sie tun? Wenn sie es halbwegs wissen — sie wollen sich dadurch nicht aufhalten lassen.

Funk steigt als erster in sein Zimmer, beugt sich von innen tief über den Sims und kann sie gerade noch unter den Achseln fassen, um sie herauszuziehen.

Sie stehen im dunklen Raum. „Wie heißt du?“

„Angellique.“

Bibi es einen schöneren sanfteren melodischeren Namen?

Er sagt ihr sein Entzücken unbeholfen in der Sprache ihres Landes.

Sie lacht spitz und gekübelt von seinen ungeschickten Worten — ach, viel zu laut! — drum hält er ihr erschrocken den Mund zu.

„Sei!“ wünscht er.

„Ganz leise,“ sagt sie und beginnt mit schmerzhaft übertriebener Vorsicht Sicherheitsnadeln loszulösen, mit denen eine blaue Arbeitschürze über ihre ganze Gestalt gesteckt ist.

Und wie er nun nach ihrem Körper dringlicher greift, öffnet sie rasch ihre Bluse und überläßt ihm ihre volle Brust, auf die sie stolz und mit der sie zu siegen gewohnt ist —

Nach einer Stunde wollen sie sich trennen. Sie steht schon am Fenster, da sagt sie: „Ein bißchen Geld, mein Herr! Meine Mutter ist krank, Vater gefallen, schlechter Verdienst, nicht viel zu essen.“

Sie sagt es ganz einfach. Sie macht den Vorschlag: „Eine Mark vielleicht oder zwei.“

Funk ist nicht im mindesten enttäuscht. Sie läßt sich nicht bezahlen. Sie äußert eine Bitte einem Freund gegenüber, der er nun doch geworden ist.

Sie haben erst kürzlich Löhnung erhalten. Er gibt ihr alles, was im Beutel steckt. (Fortsetzung folgt.)

gefißt werden und wurde nunmehr auf der „Thuringia“ in festverschlossenen Gewehrfaß gelegt. Der Silepater des Jungen hatte sich in Hamburg eingefunden, um ihn in Empfang zu nehmen. Dies war aber nicht möglich, weil gegen ihn von der Staatsanwaltschaft Konstanz ein Haftbefehl vorliegt, so daß er dem Amtsrichter zugeführt werden mußte.

Mehr Verkehrsdisziplin

Feststellungen des Verkehrskontrollkommandos.

Es zeigt sich immer wieder, daß die Bestimmungen der neuen Berliner Straßenordnung weder von Fahrzeugführern noch von Fußgängern in der notwendigen Weise beachtet werden.

Besonders hat der Polizeipräsident nach Inkrafttreten der Straßenordnung den Berlinern zunächst eine Ubergangsfrist gegeben, in der sie sich an die neuen Bestimmungen gewöhnen sollten. Nachdem diese Ubergangsfrist aber längst verstrichen ist, sieht sich der Polizeipräsident im allgemeinen öffentlichen Interesse gezwungen, mit schärferen Maßnahmen gegen Ubertretungen vorzugehen. Eine der Hauptpflichten betrifft das Vorfahren an haltenden Straßenbahnen an den Haltestellen. Immer wieder kann man beobachten, daß gerade hier zahlreiche Chauffeure ohne Rücksicht auf das ein- und aussteigende Publikum mit unermindelter Geschwindigkeit vorbeifahren. Am 30. Juli haben nun die vom Polizeipräsidenten eingerichteten Verkehrskontrollkommandos besonders auf das ordnungsmäßige Verhalten der Chauffeure an Straßenbahnhaltestellen geachtet, wobei in 45 Fällen Anzeigen gegen rücksichtslose Fahrzeugführer erstattet werden mußten.

Lebhafte Klage verursacht weiter das Verhalten zahlreicher Radfahrer auf der Straße. Die Radfahrer halten sich vielfach nicht an die Bestimmungen, daß sie möglichst nahe an der rechten Seite der Fahrbahn zu fahren haben, wie denn überhaupt das langsamste Fahrzeug am weitesten rechts zu fahren hat, sondern sie fahren kreuz und quer und gefährden dadurch andere Fahrzeuge. Diesem bestimmungswidrigen Verhalten der Radfahrer haben die Straßenaufsichtsbeamten am 2. August ihr besonderes Augenmerk gewidmet, wobei 390 Anzeigen erstattet werden mußten.

Die Explosion in Bukarest.

Keine Personen verletzt.

Zu der Explosion im Fort Domnesti bei Bukarest wird weiter bekannt, daß die Explosion keine Todesopfer und keine Verletzten gefordert hat. Am Fort selbst ist nichts beschädigt worden. Die Umgebung des Forts ist militärisch abgesperrt, um das Publikum am Zutritt zu dem Terrain zu verhindern, was wegen der großen Menge von umhergestreuten Projektilen verhängnisvoll werden könnte. Zu Mittag erfolgte eine neue kleinere Explosion. Die Feuerwehre hat die Brände lokalisiert. Als Ursache der Explosion vermutet man Selbstentzündung infolge der großen Hitze der letzten Tage.

Die Weissenburger Typhusepidemie.

76 Erkrankte.

Die Typhusepidemie in Weissenburg (Mittelfranken) hat an Ausdehnung zugenommen. Die Zahl der Erkrankten stieg auf 76. Man vermutet, daß die Ursache der Epidemie auf den Genuß verdorbenen Trinkwassers zurückzuführen ist.

Ein froher Tag...

In den Gefängnissen bemüht man sich in den letzten Jahren, mit modernen Mitteln einige Lichtblicke in die Abgeschlossenheit der Gefangenen zu streuen. Ein gutes Buch aus einer umfangreichen Bibliothek, die von Gefangenen selbst verwaltet wird, oder, wie am Sonntag im Untersuchungsgefängnis in Alt-Roa-bit, ein Konzert mit buntem Programm werden geboten. Künstler kommen in die Gefängnisse und sprechen durch Musik und Dichtung verständlich zu den Insassen. In Alt-Roa-bit war eine vorzügliche Auswahl getroffen. Die musikalischen Darbietungen des Orchesters des „Rheingoldhauses“ unter seinem Dirigenten Komol waren aufs feinste für ein andächtiges Publikum abgestimmt. Die Sängerin Frau Flocke-Hagemann sang in reinstem Sopran Felix von Weingartners „Verchen-Liebesfeier und Die Arie der Butterfry von Puccini. Der köstliche Karl Platen, eine Kanone auf seiner sächsisch gestimmten Laute, entseelte Lachstürme und ihm eiferte der Kabarettist Hellmut Krüger erfolgreich nach. Den Vort brachte ein Gefangener als Sprecher zum Ausdruck. Ergreifend die Klage, daß es den Gefangenen ergehe wie der kleinen Butterfry, die auf das Meer hinausguckt und auf das Erscheinen des Schiffes mit ihrem Gatten wartet. So sehnt sich der Gefangene unzusprechlich nach der Stunde der Freiheit. Wie stark ist darum der Dank den Künstlern gegenüber, die Freude und langentzogenen Kunstgenuss den Armen vermitteln. Ebenso echt war auch der Dank der Gefängnisverwaltung.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei noch bemerkt, daß es sich hier nicht um Untersuchungsgefängnisse handelt, sondern um Strafgefängnisse, die das Untersuchungsgefängnis in einer Belegkammer von etwa 200 Mann beherbergt.

Um das blaue Band der Straßenbahn.

Durch die ausländische Fachpresse ging kürzlich ein Streit über die schnellste Straßenbahn der Welt. Den Anspruch auf das blaue Band machte nämlich die Londoner County Council Straßenbahn, deren Geschwindigkeit 15,8 Stundenkilometer beträgt. Als schnellste Straßenbahn der Welt bezeichnet sich nun die Melbourne Straßenbahn mit 17,71 Kilometer Fahrleistung in der Stunde. Es ist bemerkenswert, daß die Berliner Straßenbahn die Londoner Fahrleistung bereits erreicht, wenn nicht gar übertrifft hat. Nach zuverlässigen Angaben beträgt die Reisegeschwindigkeit der Berliner Straßenbahn in der Zeit nach 19 Uhr durchschnittlich 15,8 Stundenkilometer und in den Hauptverkehrszeiten am Tage 15,1 Stundenkilometer. Die Berliner Straßenbahn bleibt also in ihrer Fahrleistung hinter den Konkurrenten der übrigen Weltstädte kaum zurück. Nach Durchführung der im Gang befindlichen Verbesserungen und nach Einlegung einer größeren Zahl von neuen Wagentypen wird die durchschnittliche Stundengeschwindigkeit der Straßenbahn in Berlin nicht unerheblich gesteigert werden, so daß der Kampf um das „blaue Band“ im Straßenbahnverkehr in das Stadium neuerer Rekorde rücken wird.

Feuer in der Versuchsanstalt für Luftfahrt.

Gestern Abend brach auf dem Gelände der Versuchsanstalt für Luftfahrt in Johannisthal in einem halbmassiven Schuppen, in dem sogenannten Funthaus, aus noch unbekannter Ursache Feuer aus. Die Feuer-

Mordete er doch Hilde Zepernick?

Vor einem Haftbefehl gegen den Wächter.

Der Mord an der 11jährigen Hilde Zepernick ist zwar noch immer nicht restlos geklärt, doch ist von der Polizei inzwischen sonst belastendes Material gegen den verdächtigen Wächter Sch. zusammengetragen worden, daß die Staatsanwaltschaft Haftbefehl gegen ihn beantragen wird. Der mutmaßliche Täter wird heute dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden.

Es war für die Polizei keineswegs eine leichte Arbeit, das Mißverhältnis auf dem Neubau in der Westendallee Beschäftigten nachzuprüfen. Gestern war die Nacharbeit der Kriminalpolizei endlich beendet. Alle konnten ihr Mißverhältnis erbringen, auch der Steinträger, der inzwischen seine Arbeitsstelle gewechselt hat, konnte ermittelt werden; mit dem Mord hat er aber nichts zu tun. Uebig bleibt allein der Wächter, auf dem selber der furchtbare Verdacht lastet, die Unfälle an dem unschuldigen Kind begangen zu haben. Er bestreitet nach wie vor, den Mord vollführt zu haben und beteuert immer wieder seine Unschuld.

Eine besondere Rolle spielt ein anonymes Brief, der an die Baufirma schon vor dem Mordtage gerichtet war und von dessen Vorhandensein die Polizei erst jetzt Kenntnis erhalten hat. In dem Schreiben wird die Firma darauf aufmerksam gemacht, daß sich der Wächter in auffälliger Weise mit kleinen Mädchen abgab. Man muß dem keine besondere Bedeutung bei, bis man sich jetzt plötzlich des Briefes erinnert und der Polizei davon Mitteilung machte.

Als weiteres Indizium wird ein Umstand gewertet, der bisher wenig Beachtung gefunden hat: Der Neubau ist rings von einem hohen Zaun umgeben, und der Wächter hatte stets einen scharfen Wachhund bei sich. Wie inzwischen einmündig festgestellt werden konnte, hat der letzte Arbeiter um 18.40 Uhr den Neubau verlassen.

Nur zuvor war Hilde Zepernick noch gesehen worden. Hätte also ein Fremder den Bau nach dem völligen Arbeitsstillstand betreten, was nur durch Uebertretern des Zaunes möglich war, so hätte der Hund unweigerlich anfallen müssen; das ist aber nicht geschehen.

Die Tatsache, daß der Keller, in dem die Leiche des Kindes gefunden wurde, von der Straße her nicht zugänglich, sondern abgelegen ist und zur Tatzzeit noch nicht zementiert war, konnte einem Fremden kaum bekannt sein. Von diesen Dingen konnte nur ein Eingeweihter Kenntnis haben.

Die Eingrabung der Leiche wieder kann nur von jemand ausgeführt sein, der keine Ueberraschung zu befürchten hatte.

Ein Fremder hätte sich wohl kaum die Zeit genommen, nach einem Spaten herbeizuholen, die Grube auszuheben und die Leiche der Ermordeten erst mit Erde und dann noch mit trockenem Sande zu bedecken. Auch hätte er wohl nicht daran gedacht, die Stelle durch Steine besonders zu kennzeichnen, denn diese liegen nicht im Keller, sondern mußten ebenfalls erst herangeholt werden. Wenn auch die Uebertreterung des hohen Zaunes für einen erwachsenen Mann durchaus möglich wäre, so ist doch auf keinen Fall anzunehmen, daß das 11jährige Mädchen ihm über ein solches Hindernis gefolgt wäre, abgesehen davon, daß sie nach ihrer ganzen Wesensart einem Fremden kaum auf den dunklen Bau gefolgt wäre. Diese Erwägungen haben den Verdacht gegen Sch. so sehr bestärkt, daß die Vorführung vor den Richter unerlässlich ist.

Überhört von diesen Tatsachen geht natürlich die Untersuchung weiter. Sämtlichen Spuren wird genau nachgegangen, um eine endgültige Klärung herbeizuführen.

Achtung! Parteiveteranen!

Am Sonnabend, dem 24. August, 19 Uhr, im Saal 4 des „Gewerkschaftshauses“, Engelauer 14-25

Zusammenkunft

der Genossinnen und Genossen, mit ihren Familien, die vor und während des Sozialistengesetzes für die Partei tätig waren. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. L. A. W. Gründel.

Wehr rückte unter Leitung des Baurates Günther mit drei Zügen an. Nach einstündiger Vorkämpfbarkeit war der Brand niedergelassen. Das Junkhaus mit seinen Apparaten ist völlig niedergebrennt. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Ueberfall im Antiquitätenladen.

15jähriger Angestellter schwer verletzt.

Ein seltsamer Ueberfall, dessen Gründe noch ganz unklar sind, wurde gestern Nachmittag in einem Antiquitätengeschäft in der Dörnerbergstraße 5 verübt.

Der Inhaber v. Frommberg war zu Tisch gegangen und im Geschäft war nur der 15 Jahre alte Gehilfe Erich Fechner aus der Stolker Straße 22 anwesend. Der zurückkehrende Chef fand den jungen Mann halb bewußtlos und schwer stöhnend auf dem Fußboden eines nach hinten gelegenen Raumes auf. Nachdem Fechner noch dem Schöneberger Krankenhaus gebracht worden war und sich etwas erholt hatte, gab er an, daß zwei gut gekleidete Leute, die etwa 22 bis 25 Jahre alt sein mochten und beide blaue Sonnenbrillen trugen, ins Geschäft kamen und angeblich Möbel kaufen wollten. Sie ließen sich u. a. in dem hinteren Raume Büffets zeigen. Einer fragte, ob der Chef zugegen sei. Als Fechner das verneinte, fielen sie über ihn her, verletzten ihn Faustschläge in's Gesicht und schlugen auf den zu Boden gestürzten jungen Menschen noch weiter ein. Während er bewußtlos dalag, ergriffen die Rowdys die Flucht. Festgestellt ist, daß sie nichts gestohlen haben, man vermutet deshalb, daß es sich um einen Raubhandlung handelt, der aber wohl kaum dem Angestellten gegolten haben kann. Im Krankenhaus ergab sich, daß Fechner eine Rippe gebrochen ist, und daß er auch andere erhebliche Verletzungen davongetragen hat.

Die Porzellanfuhre.

Die Beleidigung eines Chauffeurs gegen seine Fahrgäste beschäftigte gestern das Schöffengericht Berlin-Charlottenburg. Der Chauffeur J. nahm eines Nachts im Winter ein Paar auf, das er von einer Gesellschaft nach Hause fahren sollte. Unerwogen bemerkte er, daß die Frau ihre Beine auf den Schoß des Mannes gelegt hatte. Er glaube daher, eine sogenannte „Porzellanfuhre“ zu fahren, d. h. ein Liebespärchen in seinem Wagen zu haben, und verlangte am Ziel 1 Mark Aufschlag auf die Tage für das sittenlose Verhalten seiner Fahrgäste. Als der Mann die Zahlung verweigerte, belegte der Chauffeur die Dame mit den heftigsten Schimpfwörtern. Die Fahrgäste erstatteten Anzeige wegen öffentlicher Beleidigung und Nötigung. Vor Gericht stellte sich heraus, daß das „Liebespärchen“ ein 12 Jahre lang verheiratetes Ehepaar war.

Das Gericht verurteilte den Chauffeur wegen Ubertretung der Polizeiverordnung und wegen öffentlicher Beleidigung der Frau zu zwei Wochen Gefängnis und 30 M. Geldstrafe.

Neue Siedler in Weissensee.

Am Heinersdorf-Malchower Weg, hinter der Kolonie „Kendbahn“, feierte am Sonntag die jüngste Weissensee Bauerkolonienkolonie „Gesundheitsauell“ ihr Einweihungsfest. Da stehen all die Schmucken, neugebauten Sommerfröhen, prächtig geschmückt mit Fächeln und Girlanden und um sie herum all das schöne, buntsfarbige Sommerfröhen. In den zwei Jahren, wo die ersten Siedler hier ihre Siedler aufschlugen, hat sich schon alles prächtig entwickelt. Die Gemeindeglieder präsentieren Koblösche im Nielsenformat, daneben Salat, Radlischen und was es sonst noch gutes gibt. Auch die sommerliche Blütenpracht brachte reichen Segen. Vor allem die Königin des Sommers, die schöne Dahlie, in allen möglichen Farbenschattierungen, Asters, Chrysanthemen, Flog und wie sie alle heißen mögen. Ein großer Anzug der Weissensee und der benachbarten Siedler leitete die Feste ein, dann folgten turnerische Vorträge, Vorträge und Tänze der Kolonistenjugend und ein fröhliches Beisammensein bis in die späten Abendstunden. Die neue Kolonie hat einen eigenen Kinderspielplatz mit Buddelgelegenheit und Planschboden und einen kleinen Pavillon für festliche Gelegenheiten. Ueber 100 Menschen haben hier wieder einen Erholungsplatz gefunden, wo sie die so gering bemessenen Freistunden zubringen können.

Die Ruine Landsberger Allee.

Ein Prozeß gegen die Städtische Feuerzsjetät.

Der Streit um die Entschädigung für den Hauseigentümer des vor etwa zwei Jahren durch die Gasexplosion in der Landsberger Allee eingestürzten Hauses ist noch nicht beigelegt und nach wie vor bildet die Explosionsruine einen Schandfleck der dortigen Gegend. Die Hauseigentümerin, eine Gesellschaft, hat jetzt gegen die Städtische Feuerzsjetät, bei der das Gebäude versichert war, eine Feststellungsklage angestrengt, durch die die Entschädigungspflicht und besonders deren Umfang durch die Gerichte geklärt werden soll. Wie wir hören, hatte die Städtische Feuerzsjetät sich bereit erklärt, das Gebäude durch Neubauten wieder herzustellen, was nach den Gutachten der Sachverständigen durchaus möglich gewesen wäre. Damit hat sich aber die Hauseigentümerin nicht einverstanden erklärt, sondern die Forderung aufgestellt, daß die Feuerzsjetät die Ruine abreißen und das ganze Haus von Grund auf wieder aufbauen lassen solle. Diese Forderung hat jedoch die Feuerzsjetät als zu weitgehend abgelehnt.

Ein Raub vereitelt.

Durch ein unvorsichtig geführtes Gespräch hatte die Berliner Kriminalpolizei in Erfahrung gebracht, daß zwei junge Leute einen räuberischen Ueberfall auf einen Postzug planten, der an einer nach Norden führenden Straße verübt werden sollte. Sämtliche Polizeistellen wurden entsprechend benachrichtigt und gewarnt. So gelang es denn gestern um 10 Uhr, einen der Verursacher dingfest zu machen. Er erschien in dem Stationsgebäude in Wandlitz an der Straße nach Liebenwalde, wollte hier die Beamten mit der Waffe überwältigen und die Kasse plündern. Er war auch schon in das Stationsgebäude von der Hinterseite her eingedrungen, als Landwächter, die das Haus beobachteten, ihn wahrnahmen und unschädlich machten. Der festgenommene entpuppte sich als ein alter Bekannter, ein 28 Jahre alter Paul Schild, der von Berlin her einen Abseher gemacht hatte. Erbeutet hatte er noch nichts.

Ergebnisse der Bauforschung.

Einen ausgezeichneten Ueberblick über das Bauwesen der Gegenwart vermitteln die jetzt veröffentlichten sieben Hefte über die im April 1929 von der Reichsforschungsgesellschaft für das Bau- und Wohnungswesen veranstaltete technische Tagung „Wohnungsbauwirtschaft und Wirtschaftlichkeit im Bauen“ (Bauh-Verlag G. m. b. H., Berlin S. 14, Preis je Heft 1,50 M.). Heft 1 enthält allgemeine Vorträge von Prof. Hirsch und Prof. Gropius über Rationalisierung in der Volkswirtschaft und in der Bauwirtschaft. Die Hefte 2 bis 6 geben die Gruppenergebnisse wieber (Grundrissgestaltung und Hauswirtschaft, Baustoffe und Bauweisen, Heizungseinrichtungen und Installationen, Städtebau und Straßenbau, Betriebsführung und technische Prüfverfahren). In Heft 7 sind die zusammenfassenden Vorträge vor der abschließenden Vollversammlung wiedergegeben. Aus den Hefen ergibt sich der erste deutliche und zusammenfassende Querschnitt aller gegenwärtigen Probleme des Wohnungsbaus in technischer und volkswirtschaftlicher Hinsicht.

Die Plaza bringt im zweiten Teil des Augustprogramms mit Salerno einen Jongleur großen Formats. Floite und gute Arbeit vermag die Douglas-Gruppe auf dem Gebiet der Scherendbrettakrobatik zu zeigen. An Harry Keso, dem klassischen Groteskianer, erinnert Joe Miller, der in Gesellschaft der Renée Grlis auftritt. Derbe Geschichtsbearbeit bringen in amüsanter Weise „Hunter und Babetta“. Lob verdienen auch die beiden Vras, die das Villard in eigener Art bederrschen. The Fopre Sisters, vier Damen, liefern eine kleine Musikrevue, die, wie die Darbietungen der An-Ma - Lichtvisionen in Gefang und Bild - nur bedingt begeistern kann, während die Schnellrichter Reubert (Berlin) und Stein (Köln) wiederum ein heilsamerfreudiges Parlett zu finden vermögen. Von Dof, dem Korikariker, kennt man bereits aus dem Programm der Scala.

Seine Silberhochzeit begeht heute mit seiner Gattin ein alter Barmärkter, der Zigarrenhändler August Koll, Köpenick, Flemmingstr. 35.



Das Gesundheitswasser!

Fachinger Versandstelle, Berlin SW 11
Schönberger Str. 16a. Tel. Lützow 8268-61

Der Frankfurter Skandal.

40 Millionen Auslandschulden. — Weitere Auswirkungen.

Gestern erfolgte durch die am Frankfurter Konzernzusammenbruch beteiligten und durch andere Banken die Bildung eines Stillhalte- und eines Garantiekonsortiums. Die darüber ausgegebene Communiqué lautet:

„Die bisherigen Feststellungen der Kommission und des Aufsichtsrates der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-A.G. haben erhebliche Engagements im Konzern ergeben, die jedoch bei ruhiger Abwicklung durch die Aktiiposten, das Aktientkapital und die Reserven des Konzerns gedeckt sind. Um eine derartige Abwicklung zu ermöglichen, haben die der Gesellschaft nahestehenden Banken, Direktion der Disconto-Gesellschaft, Commerz- und Privatbank A.G., Darmstädter und Nationalbank A.G., Deutsche Bank, Deutsche Effekten- und Wechselbank, Berliner Bankinstitut Joseph Goldschmidt u. Co., Gebr. Bethmann, Dresfus u. Co., Hardig u. Co. und Jacob S. H. Stern, beschlossen, sich an die Spitze eines sofort zu bildenden Stillhalte-Konsortiums zu stellen, dem sich alle Bankengleichartigen anschließen sollen. Daneben wird ein Garantie-Konsortium geschaffen, das die Abwicklung und den Abbau bzw. die Ueberführung der Geschäfte bewirken wird. Dieses Garantie-Konsortium, das die erforderlichen Gelder vorlegen wird, soll ebenfalls durch die oben genannten Banken ins Leben gerufen werden. Es wird erwartet, daß die Öffentlichkeit den an diesen Aufgaben mitwirkenden Banken Zeit und Ruhe für ihre schwierigen Arbeiten läßt, denen sie sich im Interesse der Gesamtwirtschaft unterziehen.“

Der große Frankfurter Versicherungstrach hat auch am Dienstag in Berlin und Frankfurt alle Finanzkreise in Atem gehalten. Die bekanntesten Finanzmagnaten Deutschlands, Jakob Goldschmidt, Wassermann, Reinhardt und andere, sind persönlich um die Lösung der Krisis bemüht; auch Vertreter der Reichsbank nehmen an den Berliner Bankverhandlungen teil.

Der Frankfurter Zusammenbruch ist für das Ansehen des deutschen Kredits deshalb besonders gefährlich geworden, weil sich unter den Gesamtverpflichtungen des Konzerns auch 40 Millionen Mark befinden, die ausländischen Banken geschuldet werden. Man erzählt erst jetzt davon. Die Dinge liegen fast genau so wie seinerzeit beim Stinneskonzern im Jahre 1925, als man den ausländischen Banken im Interesse des deutschen Kredits ebenfalls nicht zumuten wollte, ihre Forderungen zu stunden. So ist es erklärlich, daß nicht nur ein sogenanntes Stillhaltekonkordat der mit Krediten direkt beteiligten Banken gebildet worden ist, sondern außerdem noch ein Garantiekonsortium für einen möglichst großen Kreis von Banken, dem wahrscheinlich die Reichsbank nötigenfalls die erforderlichen Gelder zur sofortigen Befriedigung der Auslandsforderungen zur Verfügung stellen soll. Die Lage ist kritisch, weil bereits Ende August, also in wenigen Tagen, 20 Millionen Mark fällig sein werden.

Im ganzen Konzern herrscht natürlich gegenwärtig ein heilloses Durcheinander. Am wenigsten noch bei den zwölf angeschlossenen Lebens- und Krankheitsversicherungen und im direkten Versicherungsgeschäft der Frankfurter Allgemeinen selbst, weil hier das vorläufig angenommene Angebot der Allianz die Weiterarbeit gesichert hat. Fast sämtliche Abzahlungskreditgesellschaften aber (in Frankfurt, München und Berlin), die vom Frankfurter Konzern bisher finanziert worden waren, mußten ihre Tätigkeit solange einstellen, bis sie neue Bankverbindungen herstellen können. Mit der Schließung der Südwestdeutschen Bank, deren Direktor Sauerbrei festgesetzt ist, werden auch die badischen und mittelhessischen städtischen Genossenschaften in große Verlegenheit gebracht, weil deren Zentrale, die Landesgewerbebank A.G. in Karlsruhe, ebenfalls zum Frankfurter Konzern gehört und alle Kredite zurückfordern wird, die den badischen Mittelstandsgenossenschaften gegeben worden sind. Die Verletzung aller Genossenschaftsprinzipien, nur innerhalb der Genossenschaften selbst den Zahlungsausgleich und Kredite zu suchen, rächt sich hier bitter.

Die tatsächlich eingetretenen Verluste lassen sich immer noch nicht übersehen. Genannt wird zurzeit eine Summe von 13,2 Millionen Mark, die sich aber wahrscheinlich noch erhöhen wird. Es kann kein Zweifel darüber sein, daß trotz der bei den Versicherungsgesellschaften verschärften Bilanzvorschriften die Bilanzen der letzten Jahre unrichtig gewesen sein müssen.

Reichsaufsicht erklärt — Reichswirtschaft prüft.

Das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherungen und auch sein Präsident haben Erklärungen abgegeben, über deren Besehung man staunen muß. Erst durch die Presse habe man von den Frankfurter Vorgängen Kenntnis bekommen, da weder in den Bilanzen noch in den dem Aufsichtsamt eingereichten Unterlagen darüber etwas zu erkennen gewesen sei. Auch von dritter Seite seien keine Mitteilungen erfolgt, und zu einer Revision an Ort und Stelle lag bei der eines hohen Ansehens sich erfreuenden Gesellschaft bisher kein Grund vor. Das Amt habe „in ständiger Uebung“ dem Standpunkt „Geltung verschafft“, daß ein Versicherungsunternehmen nur Versicherungsgeschäfte, nicht aber auch zugleich andere, z. B. Bank- und Abzahlungsfinanzierungsgeschäfte betreiben darf. Wie ist hier in ständiger Uebung diesem Standpunkt Geltung verschafft worden?

Das Amt erklärt weiter, daß es den Ausbruch des Konkurses für bedenklich halten und daher zu verhüten suchen werde. Eine Handhabe dazu bietet der § 69 des Gesetzes über die privaten Versicherungen, das es ermöglicht, im Interesse der Versicherten zur Vermeidung des Konkurses Zahlungen zu verbieten.

Der Präsident des Aufsichtsamtes beruft sich darauf, daß das Amt nur schwach besetzt und daher nicht in der Lage sei, bei allen Versicherungsgesellschaften Revisionen durchzuführen. Wegen der verantwortlichen Leiter der Frankfurter Gesellschaft sei noch kein Strafantrag gestellt worden. — Diese überheblichen und verlogenen Erklärungen des Reichsaufsichtsamtes unterstreichen die außerordentliche Dringlichkeit, mit der Kompetenzen und Befugnisse des Reichsaufsichtsamtes und seines Beirates revidiert werden müssen.

Das Reichswirtschaftsministerium hält es für ausgeschlossen, daß das Reich aus der von der Frankfurter Allgemeinen

Berliner Verkehrspolitik.

Stadtrat Reuter über die Entwicklung der BVG.

Die Berliner Verkehrs-A.G., in der sozialdemokratische Kommunistenpolitik dem Viermillionenvolk von Berlin ein einheitliches und deshalb von der ganzen Welt bewundertes Verkehrsinstrument geschaffen hat, veröffentlicht jetzt für das vergangene Jahr 1928 in einem dicken Bande die Abschlüsse und Berichte der bis zum 31. Dezember 1928 noch selbständigen einzelnen Gesellschaften, der Berliner Straßenbahn-Betriebs-A.G., der Hochbahn-Gesellschaft, der Berliner Nord-Süd-Bahn und der U-Boog. Es ist das letzte Mal, daß diese Berichte und Bilanzen getrennt veröffentlicht werden. Für Ende 1929 wird die BVG. für sämtliche Zweige des Berliner städtischen Verkehrs eine einheitliche Rechnung, eine einheitliche Bilanz und einen einheitlichen Geschäftsbericht veröffentlichten, von dem man heute schon überzeugt sein kann, daß er noch mehr als bisher die Einzelgesellschaften über den inneren Betrieb und die Rentabilität des Berliner städtischen Verkehrs die weitestgehenden Aufklärungen geben wird. Es ist unmöglich, die außerordentliche Reichhaltigkeit der Berichte der vier Gesellschaften jetzt schon zu erschöpfen. Wir wollen uns heute darauf beschränken, nur einen allgemeinen Ueberblick zu geben. Die Berichte sind eingeleitet durch ein

Vorwort des Genossen Stadtrat Reuter.

des Aufsichtsratsvorsitzenden der Berliner Verkehrs-A.G., das die Aufgaben und die Sorgen des Berliner Verkehrs und der Berliner Verkehrspolitik umreißt. Das Tempo der Berliner Verkehrsentwicklung ist außerordentlich rasch. In dem einen Jahre 1928 ist die Zahl der beförderten Fahrgäste um 171 Millionen von 1216 auf 1387 Millionen oder um 14 Proz. gestiegen. Auch wenn man die Umsteiger nur einmal rechnet, ergibt sich in dem einen Jahr eine Steigerung um 5,5 Proz. In den ersten drei Monaten des neuen Jahres hat sich wieder eine Steigerung um 4,8 Proz. ergeben.

Vom Jahre 1926 bis zum Jahre 1928 hat sich die Zahl der Fahrten pro Kopf der Berliner Bevölkerung von 266 auf 325 erhöht.

Genosse Reuter zeichnet die Probleme des heutigen Berliner Verkehrs richtig, wenn er sagt, daß es sich in Berlin um eine Großstadt handelt, die unmittelbar nach einer großen Eingemeindung steht; denn in der Tat war bis zum Jahre 1925 nicht davon die Rede, daß die bereits 1920 erfolgte Bildung Groß-Berlins in der Verkehrspolitik Ausdruck finden konnte. Die prozentuale Steigerung des Verkehrs pro Kopf der Bevölkerung, das ständige Anwachsen der Bevölkerung, die in einer Weltstadt ganz andersartigen Verkehrs- und Ausflugsbedürfnisse, die Notwendigkeit immer neuer städtebaulicher Dispositionen infolge des anwachsenden Verkehrs schaffen für Berlin Verkehrsprobleme, die in anderen Städten vielfach unbekannt sind.

Die sprunghafte Entwicklung des Verkehrs

wird noch durch einige weitere Ziffern gekennzeichnet. Die Straßenbahn hat seit 1925 die Geleise von 590 auf 634 Kilometer verlängert, von ihren Linien werden heute 1603 Kilometer gegen 1423 Kilometer im Jahre 1925 befahren. Die großen Gebiete um das Gut Dülpe und im Bezirk Gatow-Rixdorf müssen für die Siedlung demnächst bald aufgeschlossen werden und auch Köpenick muß eine bessere Verbindung zur Berliner U-Ing erhalten. Im Omnibusverkehr haben sich seit 1925 die befahrenen Strecken um 145 Proz. erhöht. Das sei geschehen, obwohl der Omnibusverkehr der teuerste sei, denn der Wagenkilometer koste hier 82 Pf. gegen

ebenfalls mitbetriebenen Exportkreditversicherung, für die das Reich bekanntlich weitgehend haftet, in Anspruch genommen wird. Im übrigen werde im Reichswirtschaftsministerium geprüft, ob die Bestimmungen zur Kontrolle der Versicherungsgesellschaften durch das Reichsaufsichtsamt verschärft werden können.

Mehr als 40 Proz. Gewinn.

An Büromaschinen.

Wir haben bereits mitgeteilt, daß die Astra Werke A.G. in Chemnitz, die in der Hauptsache Addier- und Buchungsmaschinen herstellen, ihre Dividende für das Geschäftsjahr 1928/29 von 10 auf 15 Prozent heraufschrauben lassen.

In dieser Dividendensteigerung kommt aber der tatsächlich erzielte Reingewinn überhaupt nicht zum Ausdruck. Der Reingewinn von rund 360 000 Mk. entspricht vielmehr einer Dividende von 42 Proz. auf das Kapital von 850 000 Mk. Die Gesellschaft ist daher in der Lage, 163 000 Mk., also fast 20 Proz. ihres Kapitals, auf neue Gewinnrechnung vorzutragen. Außerdem wurden die Abschreibungen um fast 50 Proz. auf rund 180 000 Mk. heraufgesetzt, so daß Abschreibungen und Reingewinn des letzten Jahres zusammen fast 70 Proz. des Aktienkapitals ausmachen. Nach dem Geschäftsbericht ist die Gesellschaft auch im laufenden Jahre gut beschäftigt, besonders konnte der Absatz im Auslande weiter ausgebaut werden.

Sowjetrussische Zündhölzer.

Verzehrfachte Ausfuhr nach Deutschland.

Auf dem deutschen Absatzmarkt machen die sowjetrussischen Zündhölzer dem Schwedentrust seit einem Jahre immer stärkere Konkurrenz. Wegen der großen Ausdehnung des Absatzes ist jetzt in der Berliner Sowjet-Handelsvertretung eine besondere Zündholzabteilung geschaffen worden. Diese neue Abteilung hat die Aufgabe, Zündhölzer nach Deutschland zu exportieren und zugleich die Wiederausfuhr russischer Zündhölzer aus Deutschland nach den wichtigsten europäischen Ländern zu betreiben.

Wie kräftig sich das sowjetrussische Zündholz gegenüber dem

46 Pf. bei der Straßenbahn und 52 Pf. bei der U-Bahn. Den Berliner Verkehr in erster Linie auf den Omnibus zu stellen, sei schon aus diesem Grunde unzweckmäßig; es gelte auch für die heutigen technischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, daß die Straßenbahn das Rückgrat der Massenbeförderung sei und bleiben müsse.

Die Spitzlöhne sind bei der Straßenbahn von 1924 bis Ende 1928 von 48 auf 110 Pf., bei der U-Bahn von 53 auf 108 Pf., bei der U-Boog von 54 auf 107 Pf. gestiegen.

In Widerspruch aber zu den stets steigenden Anforderungen an die Berliner Verkehrsunternehmungen stehen trotz der allerersten Rationalisierungsbemühungen die noch schneller als der Verkehr wachsenden besondern finanziellen Lasten der BVG. Vom Jahre 1924 bis zum Jahre 1928 sind allein bei der Straßenbahn und der U-Bahn die Ausgaben an die Stadt Berlin von 4,17 auf 25,61 Millionen Mark gestiegen. Aus der Kriegszeit tragen die Verkehrsunternehmungen allein noch eine Kopfsteuer, die sogenannte Verkehrssteuer, die längst hätte beseitigt werden müssen. Die Verkehrssteuer hat im Jahre 1924 1,24 und im Jahre 1928 aber 7,35 Millionen Mark gekostet. Im Jahre 1928 wurden an Verkehrs-, Gewerbe-, Reparations-, Vermögens- und Körperschaftssteuern 16 Millionen Mark bezahlt, eine Summe, die beweist, daß die öffentlichen Unternehmungen weit davon entfernt sind, steuerfrei zu sein, wie die deutschen Unternehmer so gerne behaupten.

Mustergültig sind die Bemühungen

in den Geschäftsberichten durch bunte Graphiken, vergleichende Darstellungen der Leistungen im Laufe der Jahre und sorgfältige Aufgliederung der Kosten der Öffentlichkeit ein möglichst vollständiges Bild von der Tätigkeit der Berliner Verkehrsunternehmungen zu geben. Betriebsleistungen, Stromverbrauch, Materialverbrauch, Reparaturen, Betriebskosten Einnahmeverwendung für die einzelnen Kostengebiete werden aufgeführt und miteinander in Vergleich gesetzt. Graphische Darstellungen über Verkehrsentwicklung, Unfälle, Einstürze des Wetters auf den Verkehr, Platzausnutzung, zur Verfügung gestellte Sitz- und Stehplätze im Laufe des Jahres, Betriebsstörungen, Krankenstand, Lohnentwicklung geben einen lebendigen und anschaulichen Einblick in das Leben eines solchen Rieseninstrumentes, wie es die Berliner Verkehrs-A.G. darstellt. Dazu kommen detaillierte Gewinn- und Verlustrechnungen mit sehr ausführlichen Darstellungen über die Entwicklung in den einzelnen Betriebszweigen bei den jeweiligen Berichten, so daß man wirklich das Bewußtsein bekommt, hier soll nicht mehr verborgen werden, hier soll der Öffentlichkeit Rechnung gegeben werden darüber, wie mit dem Volkvermögen gemirtschaftet wird.

Die Verkehrspolitik in den Großstädten ist eine wahre Angelegenheit des arbeitenden Volkes. In Berlin läßt sich nachweisen, daß sich der Verkehr genau so entwickelt wie die arbeitende Bevölkerung zunimmt. Wir dürfen stolz darauf sein, daß die Macht der Arbeiterschaft es ermöglicht hat, in Berlin eine Verkehrspolitik zu beginnen, die ernsthaft auch die Rücksicht auf die arbeitenden Massen zum Ziele setzt. Das wird in der Zukunft um so besser geschehen können, je deutlicher die Macht der Arbeiterschaft in der Führung der Verkehrspolitik zum Ausdruck kommen kann. Dazu bedarf es freilich auch der intensiven Anteilnahme an dem Schicksal des Berliner Verkehrs und der Mitarbeit der arbeitenden Massen.

Schwedentrust durchgeföhrt hat, geht daraus hervor, daß von Oktober 1928 bis zum April d. J. die russische Zündholzausfuhr nach Deutschland rund 45700 Tonnen im Werte von etwa 3,5 Millionen Mark erreichte. Gegenüber der entsprechenden Zeit des Vorjahres konnte die Ausfuhr nach Deutschland glatweg um das Zehnfache gesteigert werden.

Stärketer Baustoffabsatz im Juli.

Wie der Deutsche Zementbund mitteilt, ist der Zementabsatz im Monat Juli auf 867 000 Tonnen gegen 836 000 Tonnen im Vormonat gestiegen. Der durchschnittliche Absatz in den letzten drei Monaten von Mai bis Juli stellte sich monatlich auf 850 000 Tonnen gegenüber einem Monatsdurchschnitt von 766 000 Tonnen im Mai bis Juli 1928. Demnach liegt der Zementabsatz in diesen drei Monaten um etwa 10 Prozent höher als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Da infolge der anhaltenden Kälteeinwirkung der Baumarkt in diesem Jahr sehr spät belebte, war allerdings im Monat Mai noch ein Absatzausfall von rund 550 000 Tonnen gegenüber dem Vorjahre zu verzeichnen, der sich bis zum Juli allerdings auf rund 410 000 Tonnen verringert hat. Ob die Baustoffindustrie in der Lage ist, auch in diesem Jahr ihren Umsatz von 1928 zu erreichen, hängt von der weiteren Entwicklung auf dem Baumarkt ab, die in erster Linie durch die Verhältnisse auf dem Kapitalmarkt bedingt ist.

Berichtigung. Die I. G. Farben Industrie A.G. Frankfurt macht uns darauf aufmerksam, daß sie an dem Tombidgoldpatent (Lobis) nicht beteiligt sei. Wir haben unsere Ausführungen in der Blatte „Konopol für den Lomiln“ mit darauf gestützt, daß die Lobis von der I. G. für Industrie und Technik mitbegründet wurde, die nach unserer Kenntnis zum Interessentkreis der I. G. Farben gehört. Die Filminteressen der I. G. Farben auf anderen Gebieten sind bekannt. Das legte den Schluß auf einen weitreichenden Einfluß der I. G. Farben bei der Lobis nahe.

Die 1928 gegründete Interessengemeinschaft deutscher Plasterfabriken A.G. umfaßt heute 45, d. h. alle größeren Fabriken. Darunter befinden sich die bekannten Namen Bestlein, Blühner, Steinweg, Mendorf und Röhmbild.

Verantwortlich für Politik: Richard Bernheim; Wirtschaft: G. Klingelberg; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revolution: Dr. John Schimanski; Volkes und Soldates: Felix Karstadt; Anzeigen: Th. Glode; sämtlich in Berlin. Verlags: Formelverlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Formelverlag-Verlagsdruckerei und Verlagsbuchhandlung Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Unter den Eichen 11a. Beilage und „Unterhaltung und Wissen“.

Fordern Sie Behandlung mit

Homöopathie

und in Apotheken



Madaus

die wirksamen Originalabfüllungen

Sturt Rudolf Neubert: Sachlich

„Was wollen Sie? Werfen Sie mir nichts vor. Ich bleibe sachlich.“

Ich erzähle Ihnen hier ganz sachlich die sehr traurige Geschichte eines jungen Mannes. Der Name des jungen Mannes wird Sie nicht interessieren, sein Beruf, um Folgerungen zu ziehen, vielleicht schon mehr. Der junge Mann war . . .

„Warten Sie, ich muß einmal nachdenken.“
Er war ein kleiner Bankbeamter.

Eines Abends setzte er sehr sachlich den Revolver an die Stirn und plazierte zwischen Ohr und Auge eine Kugel.

Die Nachkommission kam und stellte sachlich fest, daß hier kein Mord, sondern nur ein Selbstmord vorlag.

Der Arzt stellte sachlich einen Totenschein aus.

Der Prediger hielt eine sachliche Grabrede.

Gläubiger des jungen Mannes tauchten auf und stellten beim Nachlassverwalter sachliche Forderungen.

Der junge Mann hatte keine Eltern mehr, irgendwo sahen zwei Tanten von ihm. Vielleicht waren es auch nur Cousinen.

Jedenfalls machte sie das sachliche Gerücht eines Tages ausfindig, und die beiden Damen kamen aus irgendeiner Provinz gereist, standen fünf Minuten am Grabe des jungen Mannes, besahen sich dann den Nachlaß: ein paar Anzüge, einen ganzen Koffer mit beschriebenen Büchern — es waren Gedichte, kleine Essays, aber hauptsächlich Stimmungsbilder. Zum Nachlaß gehörten außerdem noch die Forderungen einiger Gläubiger. Daraufhin sahen sich die Damen noch einmal den Koffer mit den Manuskripten an, untersuchten den Stoff der Anzüge, mehr aus Gewohnheit als aus Interesse, und mit einem Blick auf die Gläubigerforderungen erklärten sie sodann sachlich, daß sie auf den Nachlaß verzichteten.

Aus dem bisher Gesagten geht schon hervor, daß der junge Mann nicht glücklich gewesen war. (Wir wollen das Wort „unglücklich“ vermeiden.) Hätte er sonst zwischen Stirn und Augen eine 6 Millimeter Kugel plazierte?

Warum war der junge Mann nicht glücklich? Das wird niemand in Erfahrung bringen können, da der junge Mann tot ist und zu seinen Lebzeiten niemand danach gefragt hat. War er kein guter Bankbeamter? Aber im Geschäft spricht man nach seinem Tode nur Gutes von ihm.

War er etwa — verzeihen Sie diese unsachliche Frage — ein nicht glücklicher Dichter? Es ist hingegen anzunehmen, daß er seine glücklichsten Stunden dann erlebte, wenn er etwas geschrieben hatte, etwas, das ihm die Reaktionen stets zurückschickten.

Hatte er eine nicht glückliche Liebe?

Rein, das konnten schon die Tanten feststellen, die in den Manuskripten nach solchen Anhaltspunkten gesucht hatten.

Vielleicht sitzt irgendwo ein Mädel, das den jungen Mann gekannt hat und seine Liebste war. In diesem Falle würde es noch nicht wissen, daß der junge Mann sehr sachlich aus der Welt geschieden ist. Es würden weinen und sich ärgern und wieder traurig sein und zuletzt den jungen Mann über einen anderen sehr sachlich vergessen.

So ist das Leben. So ist die Liebe. So ist das dühnen Dasein, an dem wir hängen.

Aber — verzeihen Sie, hier werde ich schon unsachlich. Zum Glück ist von der Geschichte des jungen Mannes nichts mehr zu berichten. Sie ist sachlich erschöpft.

Der einzige Mensch, der den Tod des jungen Mannes nicht sachlich ausgeführt hätte, wäre vielleicht seine Mutter gewesen, aber die ist — wie aus den Papieren hervorgeht — schon bei seiner Geburt gestorben. . .

A. Neffe: Wolkenkratzer-Probleme

Ein moderner Wolkenkratzer wirft mannigfache und ganz neue Probleme auf. Der Besitzer eines solchen neuen Gebäudes zu New York wünschte Fingerschilder über und unter jedem Türdrücker, bis ihm bedeuert wurde, daß es 15 000 Dollar jährlich kosten würde, diese Fingerschilder sauber und blank zu halten. Ein Mann, der weiter nichts tun würde als diese Schilder zu putzen, würde zwei Jahre brauchen, um einmal die Runde zu machen.

Die Erbauung von Wolkenkratzern ist heute eine hochspezialisierte Industrie. New York ist die Hauptstadt des Wolkenkratzers, denn es zählt über zweihundert Gebäude von zwanzig Stockwerken oder mehr. Es gibt jedoch in den Vereinigten Staaten kaum eine Stadt von einiger Größe, die nicht ein oder zwei Gebäude von Wolkenkratzerausmaßen besäße. Der Bau von Wolkenkratzern zu Wohnzwecken ist sogar noch wichtiger als der zu Geschäftszwecken. Die Erbauung geht nach einem bestimmten Zeitplan vor sich. Die Wichtigkeit eines solchen Planes liegt auf der Hand, denn der Verlust einiger Tage an Miete oder die Zinsen für brachliegendes Kapital machen bei einem solchen kostspieligen Bau eine beträchtliche Summe aus. Dem Verfallten ist der Wolkenkratzer ebenso sehr unterworfen wie etwa der Kraftwagen. Die Erfahrung zeigt, daß moderne Bürohäuser nur eine Lebensdauer von etwa fünfundsiebzig Jahren haben, und zwar ist nicht etwa der Bau an sich schuld, sondern der wechselnde Geschmack des Publikums, sowie die Steigerung der Bodenwerte, die noch größere und bessere Gebäude erfordert, um die Kosten aufzubringen.

Der Wolkenkratzer als lohnendes Unternehmen läßt sich von zwei Gesichtspunkten auffassen. Ein Gebäude mag für das angelegte Kapital einen schönen Ertrag bringen, doch eine zu wertvolle Lage einnehmen, die den Abbruch des alten Gebäudes und Errichtung eines höheren, moderneren Baues erfordert. Beispiele hierfür finden sich in Wall Street und Broad Street zu New York. Andererseits findet die Höhe des Wolkenkratzers eine wirtschaftliche Grenze. In der Gegenwart wenigstens ergibt sich diese Grenze ungefähr bei sechzig Stockwerken. Es liegen allerdings keine technischen Schwierigkeiten vor, ein hundertstöckiges Gebäude zu errichten. Allein wirtschaftlich bedeuten die oberen Stockwerke einen Verlust. Es ist schwer, die oberen Stockwerke zu vermieten, denn es geht viel Zeit verloren, bevor man sie erreicht. Nichts man jedoch einen entsprechend leistungsfähigen Fahrstuhldienst ein, so geht damit zu viel Raum des kostbaren Gebäudes verloren.

Auf die Bodenwerte der Großstadt ist der Wolkenkratzer von größtem Einfluß. London hat keine Wolkenkratzer, und keine Grundwerte werden nur auf ein Drittel der Summe geschätzt, für die New York veranschlagt wird. Groß-London erhält nicht ganz zweihundert Millionen Dollar vom Grundbesitz, während diese Einkünfte in New York sich auf fast 419 Millionen belaufen, obgleich die Bevölkerung 1,3 Millionen weniger zählt. Andererseits hat die Errichtung höherer Bauten unfehlbar Verkehrsprobleme im Gefolge, für die es noch keine entsprechende Lösung gibt. Solange die

Nathan Gurdus: Der Unbestechliche

General M. war der Schrecken aller Großkaufleute Rußlands, denn er war der Haupteinkäufer der russischen Armee im Kriege. Ueber ihn kursierten die Gerüchte, er sei unbestechlich.

Ein Jarengeneral, Einkäufer der Armee und unbestechlich! Man erzählte von Kaufleuten, die General M. etwas „zugesteckt“ hatten und nun ihr Dasein in Sibirien fristeten. General M. galt als Muster eines ehrlichen Soldaten. Er war Präsident des Clubs der „Ausrechten Russen“.

Die Waren, die der General kaufte, waren gut. Fiel eine Sendung schlecht aus, dann ließ er die Ware nach Kriegsgesetz verbrennen und den Lieferanten festsetzen. Ein Großkaufmann wollte einmal seine Sendung dem General besonders empfehlen. „Geld ausgeschlossen! Bei so einem General macht man's anders,“ sprach er zu seinem Kompagnon. Nächsten Morgen landete er an den General einen riesigen Korb mit den teuersten Marken Weine, Kognak, Liköre.

Seine Geschäftskarte legte er bei. Eine Stunde danach wurde der Chef der Firma I u. Co. zum General gerufen. Zitternd vor Wut erwartete ihn der General an der Tür. „Hier herein, hierher mit dem Kerl!“ brüllte der General zum Kaufmann. Der Kaufmann wurde in das Zimmer des Generals gezerrt. Auf dem Tisch stand sein Korb mit den Weinen. Der General schrie nach einem Wasserglas.

„So, so mein Täubchen, das hast du also hergeschickt. Da wirst du es auch allein auslaufen,“ sprach der General und öffnete gleich fünf Flaschen Kognak. Ein volles Glas hielt er dem Kaufmann hin. Zitternd trank er es aus. Gleich goß es der General wieder voll. Die Dehnbarkeit des Magens hat auch ihre Grenzen. Der Magen des Kaufmanns hatte sie bald erreicht. Nun packte der General ihn und schmiß den nun völlig Betrunknen eigenhändig die Treppe herunter.

Diese Geschichte trug dem General den Beinamen „der Unbestechliche“ ein. Bis der Fabrikant P. folgendes erlebte: Die Armee hatte einen Kistenauftrag zu vergeben. Fabrikant P., der tapferste Kaufmann Moskaus, beschloß, zum „Unbestechlichen“ zu gehen. Herr P. war der einzige Mann, der an die Unbestechlichkeit des „Unbestechlichen“ nicht fest glauben wollte.

Eines Tages erschien der Fabrikant in der Intendantur. Der General war nicht anwesend. Der diensthabende Adjutant empfing Herrn P. Führt ihn in das Zimmer des Generals und bat zu warten.

Es war ein ganz gewöhnliches Amtszimmer. An der Wand stand ein Sofa, auf dem der General immer liegen mußte, denn man sah Rissen und Decken daraufliegen, als sei der General eben erst aufgestanden. Der Fabrikant betrachtete das Sofa und plötzlich kam ihm eine Idee. Schnell erhob er sich, trat an das Sofa, nahm

aus der Tasche ein Päckchen Tausend-Rubel-Noten und legte sie unters Kissen.

Halbe Stunde danach erschien der General. Mit all seiner Schwere schmiß sich der General auf das Sofa, um sich von den Strapazen einer Bärenjagd zu erholen. Plötzlich fühlte er einen harten Druck unter dem Kopf, griff mit der Hand unter das Kissen und zog die Päckchen 1000-Rubel-Noten raus.

Mit einem Ruck setzte er sich auf. Begle das Päckchen in den Schreibschloß und klingelte Sturm. Den eintretenden Adjutanten befahl er: „Holen Sie sofort im Auto den Fabrikanten P.“ Zehn Minuten danach stand der Fabrikant P. zitternd vor dem General. „Machen Sie, daß Sie rauskommen,“ brüllte dieser seinen Adjutanten an. Nachdem der General mit dem Fabrikanten allein im Zimmer geblieben war, holte er aus dem Schubkasten das Bantnotenpäckchen raus.

„Ist das von Ihnen, Sie Schweinehund?“ brüllte er.

Der Fabrikant sank wie ein leergepumpter Schlauch auf den Stuhl zusammen.

„A—n—nein . . . Erzellenz,“ konnte er nur stotternd hervorbringen.

„Sag' nicht, Kerl!“ schrie der General.

„E—E—Erzellenz, ich schwöre, ich weiß nichts davon.“

„Du lägst weiter. Wiso paß mal auf. Du weißt doch, daß wir Kriegsgesetz haben, ich kann dich niederknallen wie einen Hund. Rein haben wird träben.“ Mit diesen Worten holte der General aus der Tasche einen Revolver.

„Wenn du bis zehn nicht gestiebst, daß dieses Geld von dir ist, dann . . .“ Der General hielt den Revolver auf den Fabrikanten gerichtet und begann zu zählen.

„Eins . . . Zwei . . . Drei . . .“

Der Fabrikant blinzte auf den Revolver. Der schwarze Lauf war gerade auf seinen Kopf gerichtet. Er versuchte zitternd aufzustehen, aber der Lauf folgte ihm. Er versuchte sich selber zu beruhigen: ein Offizier wird doch nicht morden, und wenn ich gestehe, wird's noch viel schlimmer,“ dachte er. Aber da lähmte ihn die Angst.

In diesem Moment beschloß der Fabrikant P., alles zu gestehen. Das Leben war eben doch das Teuerste. Schon besser Sibirien. . . Er wollte gerade die Wahrheit herausschreien, damit nur der schwarze Revolverlauf vor seinen Augen verschwinde, da . . . Die Züge des Generals erhellen sich. Langsam sank die Hand mit dem Revolver.

„Von dir kann man nehmen, Hundesohn. Du verstehst zu schweigen. Komm morgen, und Maul gehalten, verstanden!“ sprach gutmütig brummend der General und legte die Geldnoten und den Revolver in den Tischkasten.

Fabrikant P. erhielt den größten Auftrag der Armee.

gegenwärtigen Transportmittel in Gebrauch sind, wird es Stauungen geben, denn es ist weit leichter, die Zentralfahnen zu schaffen, die die Stauung verursacht, als neue Verkehrsadern zu erschließen. Zu den Verkehrsschwierigkeiten gesellt sich die Verdunkelung der Straßen durch Rammstauungen. Der Wolkenkratzer wird sich jedoch behaupten, denn er erfüllt taglos ein Bedürfnis.

Oberst William H. Starret, ein Fachmann in Wolkenkratzerangelegenheiten, nennt den Wolkenkratzer eine Wohltat moderner Kultur. Diese Gebäude bieten die größten Erleichterungen für jene Lebensart, auf der unser modernes Zusammenarbeiten beruht. Das Wolkenkratzerwohnhaus dient einem bestimmten Zwecke. Die Menschen wollen im Winter in riesigen Gemeinschaften leben, wo sie nicht weit zu Vergnügen haben. Im Sommer sind wir Landbewohner mit schnellen Verkehrsmöglichkeiten zu Stadt. Dank des Wolkenkratzers werden wir schnell eine Nation von Zwei-Haus-Bewohnern. Ein Gebäude von 110 Stockwerken wird erstlich in New York geplant. Es gibt keinen physikalischen Grund, warum es nicht, oder gar ein noch höheres, gebaut werden könnte.

Ein Atlas der amerikanischen Dialekte

Fünzig amerikanische Gelehrte haben in der Yale University eine Tagung abgehalten, um im Auftrag des amerikanischen Rates der gelehrten Gesellschaften den Plan für einen Sprachenatlas festzulegen. Dieses Riesenvorhaben, das nach dem Urteil eines der Beratungsmitglieder, Prof. Starkevant, „das größte Unternehmen der modernen Wissenschaft“ bedeutet, wird die verschiedenen Arten, in denen das Englische in den Vereinigten Staaten gesprochen wird, feststellen und kartographisch veranschaulichen. Auf diese Weise wird der Wortschatz jedes Gebietes, seine syntaktischen und grammatischen Eigentümlichkeiten zur Darstellung gebracht. Ob sich die Studien auch auf die lautlichen Eigenschaften der gesprochenen Dialekte, auf Intonation und Akzentuierung erstrecken werden, ist noch zu entscheiden, ebenso ob der eigentliche Zweck dieses Unternehmens in einer Registrierung und örtlichen Abgrenzung der bereits bekannten Dialekte oder in einer Entdeckung von bisher nicht bekannten Mundarten bestehen soll.

Neue Mittel gegen Blutvergiftung

In England schenken die Ärzte einer Medizin große Beachtung, aus der hervorgeht, daß Professor Leonard Hill und Dr. Albert Eidinow vom Britischen Nationalinstitut für medizinische Forschung in Hampstead erfolgreiche Versuche zur Bekämpfung der Blutvergiftung angestellt haben. Die Experimente wurden in der Hauptsache auf die Anwendung ultravioletter Strahlen beschränkt. Es handelt sich um eine ganz neue Methode. Ein sachlicher Bericht über die anregenden und hoffnungsvollen Arbeiten der beiden Gelehrten wurde kürzlich im „British Medical Journal“ veröffentlicht. Es handelt sich dabei um die Heilung einer besonders ernstlichen Form der Blutvergiftung, die durch die in den Blutkreislauf eindringende Unreinlichkeit verursacht wird. Die Verunreinigung kann durch Wunden oder durch entzündete Stellen entstehen, besonders dann, wenn Knochen, Gelenke oder Adern in Mitleidenhaft gezogen worden sind, da in diesem Fall leicht gefährliche Bakterien eindringen. Professor Leonard Hill, ein bedeutender englischer Physiologe, hat sich stets für die Anwendung von Licht bei der Behandlung des Leidens eingesetzt. Dr. Eidinow untersucht seit vielen Jahren den Einfluß der Lichttherapie; man kennt ihn in Großbritannien allgemein als Pionier der künstlichen Heilbestrahlung.

Elektrische Kraft aus Sandstürmen

Zurzeit werden auf den großen Plateaus östlich des Felsengebirges in den Vereinigten Staaten Versuche unternommen, um festzustellen, ob es möglich ist, brauchbare elektrische Kraft aus den Sandstürmen zu gewinnen, die fast täglich auf diesen Hochflächen aufsteigen. Es ist eine, durch die in den letzten Jahren besonders zahlreiche Errichtung von großen Drahttürmen um Felder und an Abhängen gemachte Erfahrung, daß die hier auftretenden Sandstürme diese großen Stacheldrahttürme mit vielen Volt Elektrizität geladen haben, daß sie Automobile zum plötzlichen Halten brachten, indem sie auf deren Zündsystem einwirkten und selbst Radioapparate in den Wohnungen beeinflussten, wie es selbst ein Gewitter nicht schlimmer vermocht hätte. Obwohl diese offenbar elektrisch geladenen Sandstürme mit keinen Gewittern und Blitzhlägen verbunden sind und nach den bisher erfolgten Studien keine bekannte Verbindung mit dem Erdmagnetismus besteht, so erscheint doch jeder metallische Gegenstand, der von der Erde isoliert ist, durch den darüber wehenden feinen Sandstaub mit Hochspannung geladen zu sein. Im Staate Kansas verband ein Mann während eines solchen Sandsturmes sein Radio mit dem Grunddraht durch ein 32-Kerzenstärke-Licht und erhielt ein so helles Licht, als ob er es mit seiner Automobilbatterie verbunden hätte. Der erste Gelehrte, der eine einleuchtende Erklärung dieses Phänomens gab, war Professor Douglas Rudge von der Universität Chicago, der Versuche in Südafrika ausführte, indem er Boden und Deckel von einem zwanzig Liter haltenden Blechgefäß entfernte und dafür ein feines Drahtnetz über das eine Ende befestigte. Ein beträchtlicher Teil des feinen Sandstaubes, der über die Kanne hinwegstrich, blieb in den Rassen des Drahtnetzes hängen, und die elektrische Ladung, die dieses Drahtgewebe dadurch erhielt, wurde auf eine isolierte Sphäre übertragen. Die gleichen Versuche werden nun seit einigen Monaten auch auf den Hochflächen von Kansas und anderen mittelwestlichen Staaten Amerikas fortgesetzt, und diese lassen bereits erkennen, daß es möglich ist, Elektrizität mit Hilfe dieser Sandstürme zu gewinnen. Die isolierte Sphäre ist gewöhnlich positiver Natur, während ein anderer Leiter die negative Potenz darstellt. In einem Falle erhielt Rudge einen Funken von 1 1/2 Zentimeter Länge, und die Funken weisen meistens eine Stärke von 40 000 Volt auf. Man plant deshalb die Errichtung großer Anlagen, die den feinen Sandstaub auffangen sollen, wodurch Elektrizität erzeugt wird, die dann für wirtschaftliche Zwecke nutzbar gemacht werden kann. Auch in Südafrika auf den großen Plateaus, wo die Sandstürme ebenso eine tagtägliche Erscheinung sind, beabsichtigt man in gleicher Weise vorzugehen.

Woran die Indianer sterben.

Es gibt in den Vereinigten Staaten noch 350 000 rote Männer, die in 26 Staaten, meist von den Weißen getrennt, in Schutzgebieten leben. Die Gesundheitsverhältnisse unter ihnen sind nach einem Bericht, der in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ wiedergegeben wird, schlecht. Die Medizinmänner, die seit Urzeiten die Ärzte der Indianer waren, bilden das Haupthindernis für die Einführung gesundheitlicher Maßnahmen, die von dem besonderen staatlichen Gesundheitsamt für die Indianer angestrebt werden. Die Medizinmänner fürchten nämlich ihren großen Einfluß zu verlieren. Die häufigste Krankheit ist die Tuberkulose, die bei den Sterbefällen etwa 25 Proz. ausmacht. Sehr verbreitet ist unter manchen Stämmen das Trachom. Die Geburten- und Sterbeziffern sind bei den Indianern erheblich höher als bei Weißen und Negern.

